

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: 3.00 M., monatl. 1.00 M.,
 wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 abonnement: 1.50 M. pro Monat
 eingetragene in die Post-Vertrags-
 Anstalt. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 M., für das übrige Ausland
 4 M. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Rußland, Serbien,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1896.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Kolonne
 je Zeile über deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Inserate
 und Veranlassungen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt
 10 Pf., (gewöhnl. 2 fertige Blätter
 15 Pf.), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Einrückung und Schlußzeileman-
 gen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 10 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 3. April 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Ministersturz im Gerichtssaal.

Ein Skandalprozeß.

Wien, 2. April. Die Nachmittagsblätter melden: Bei der heutigen Verhandlung im Prozeß Kranz wurde der Justizminister Dr. Freiherr von Schenk als Zeuge vernommen. Freiherr von Schenk gab die Erklärung ab, daß er, bevor er als Zeuge seine Aussage mache, sich zu der Mitteilung veranlaßt sehe, daß er sein Amt in die Hände des Kaisers zurückgelegt habe. Er habe das getan, um auch den Anschein zu vermeiden, daß er als oberster Leiter der Justizverwaltung den Gerichtshof beeinflussen könnte. Die Erklärung des Justizministers rief größte Bewegung im Saale hervor.

Am Donnerstag hat vor dem Wiener Strafgericht ein Prozeß begonnen, der Österreich in atemloser Spannung hält und ein politisches Ereignis ersten Ranges geworden ist. Der gewesene Präsident der Allgemeinen Depositenbank Dr. Kranz und der Leiter der Bahnabteilung derselben Bank Dr. Freund, sind in Gemeinschaft mit einigen anderen Angeklagten grandioser Wuchergeschäfte beschuldigt. Nach der Anklageschrift wurden bei der Verfolgung des Heeres und der Munitionsfabriken mit vier 502 000 Kronen verdient. Rum wurde mit 11,92 Kronen für den Liter gekauft, um zu einem Preise von 22 bis 26,80 Kronen verkauft zu werden. Gewinn 541 000 Kronen bei einem Umsatz von 48 000 Litern. Marmelade wurde für 3,20 Kronen gekauft und für 3,75 bis 4,35 Kronen verkauft, wobei sich ein Gewinn von 150 000 Kronen ergab. Himbeersaft wurde für 3,20 Kronen gekauft und für 3,60 Kronen das Kilogramm verkauft. Der Gewinn bei diesem letzten Geschäft war vergleichsmäßig gering, er betrug nur 3122 Kronen.

Dr. Kranz, Dr. Freund und ihre Helfershelfer sind wucherischer Preistreiber angeklagt. In dem Prozeß traten drei Tatsachen scharf hervor: Erstens: daß eine große Bank Warengeschäfte macht, die keinesfalls mehr in den Bereich des Bankgeschäftes im eigentlichen Sinne gehören. Zweitens: daß die altbekannten Wiener Privatbankiers Gebr. Reises mit der ihr nahebestehenden Allgemeinen Depositenbank in nicht durchaus einwandfreien Geschäften stehen. Ein Gewinn von 420 000 Kronen, der aus den Wuchergeschäften stammt, ist auf das Syndikatskonto gebucht worden, d. h. auf das Konto, auf dem die Geschäfte stehen, an denen die Gebr. Reises oder andere Banken mitbeteiligt sind. Die 420 000 Kronen stammen aber aus einem Geschäft, welches die Depositenbank für sich allein abgeschlossen hat. Durch diese Verbuchung wurde der Gesamtheit der Aktionäre zugunsten eines einzelnen Großaktionärs, nämlich der Gebr. Reises, ein Teil des Bankgewinnes entzogen. Der verantwortliche Direktor, kaiserlicher Rat Adolf Schönwald, wurde in der Gerichtsverhandlung wegen Betrugsverdachts verhaftet. Die dritte ins Auge springende Tatsache ist, daß die Beziehungen zwischen Dr. Kranz und dem früheren wirtschaftlichen Hilfsarbeiter des Kriegsministers Rittmeister Lustig alles andere als geklärt sind. Lustig kannte das Biergeschäft des Kriegsministeriums mit Dr. Kranz, er war als Berater zugezogen worden. Lustigs Mutter betreibt nun in Soaz ein Hopfengeschäft und trat mit Dr. Kranz in geschäftliche Beziehungen. Zur Orientierung schrieb ihr der Sohn, der im Kriegsministerium an dem Biergeschäft Anteil hatte, in einem Briefe die charakteristischen Worte: „Die Gefälligkeiten, die ich Dr. Kranz leisten mußte, werden Deine Position stärken.“ Rittmeister Lustig verstand diesen Worten einen harmlosen Inhalt zu geben. Aber niemand wird ihre Vieldeutigkeit anzweifeln können.

Aber alles das macht noch nicht die Sensation dieses Prozeßes aus. Diese liegt vielmehr darin, daß zwei mit der Untersuchung dieses Geschäfts betraute Offiziere ihre Auslagen schriftlich fixierten und daß dieses von ihnen unterschriebene Protokoll von dem Kriegs-, dem Handels- und Justizminister, wie Lustig auslag, mit roter Tinte ohne Vorwissen des Gerichts, der Angeklagten und der ausagenden Offiziere abgeändert wurde.

Das Gericht beschloß am Sonnabend die Vernehmung der Minister, die sich vom Kaiser der Pflicht der Amtverschwiegenheit entbinden ließen. Unter größter Erregung der Zuhörer ist am Montag der österreichische Justizminister Freiherr von Schenk als Zeuge vernommen worden. Vor seiner Vernehmung gab er die Erklärung ab, daß er sein Amt in die Hände des Kaisers zurückgelegt habe, um auch den bloßen Anschein zu vermeiden, daß er als oberster Leiter der Justizverwaltung den Gerichtshof beeinflussen wolle. Auch der Kriegsminister Generaloberst von Krobatin hat demissioniert. Ueber das Schicksal des Handelsministers von Spitzmüller ist zurzeit noch nichts bekannt.

Mit überzeugender Wucht zeigt der Prozeß, daß ein klagloses Funktionieren der Verwaltung und eine ausreichende

Ausschaltung schädlicher Einflüsse nur möglich ist, wenn die Öffentlichkeit im Parlamente ein Sprachrohr ihrer Wünsche und Beschwerden hat, wenn es eine Stelle gibt, an die die Zensur nicht herankann. In dem Prozesse Kranz ist weit mehr als das wucherische Gebahren einer österreichischen Bank enthüllt worden. Mit leuchtender Klarheit wird es allen, die sehen und hören wollen, offenbar, daß der schleunigste Zusammentritt des Reichsrats und seine freie Kritik Staatsnotwendigkeiten sind.

Gefechte westlich von St. Quentin. — Vereitelter französischer Angriff bei Ripont. — Russischer Angriff im Uz-Tal abgeschlagen. — Erfolg am Dojran-See.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 2. April 1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Arras und Aisne haben sich gestern und ernt heute morgen Gefechte entsponnen, vornehmlich zwischen den von Bapaume auf Croisilles und auf Cambrai führenden Straßen sowie auf beiden Somme-Ufern westlich von Saint Quentin.

Engländer wie Franzosen setzten starke Kräfte ein, die infolge unserer Artilleriewirkung mehrfach zurückstießen und nur unter erheblicher Einbuße, auch von 50 Gefangenen und einigen Maschinengewehren, unseren befehlsgemäß ausweichenden Truppen Boden abgewannen.

Auch zu beiden Seiten des Dife-Aisne-Kanals und auf der Hochfläche von Vregny kamen französische Angriffe in der vollen Wirkung unserer mit dem Gelände bis ins Einzelne vertrauten Batterien nur verlustreich und wenig vorwärts.

In der Champagne hielt das Vernichtungsgewehr unserer Artillerie gegen die Vereitlungsgräben einen Angriff der Franzosen gegen die Höhen südlich von Ripont nieder.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Düna wurde ein russischer Vorstoß durch Feuer vereitelt.

Westlich von Luel holten bei Ewinjuch unsere Sturmtruppen mehrere Gefangene aus den feindlichen Gräben.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

An der Ludowa in den Waldkarpathen gerührten unsere Erkunder bei einer ihrer zahlreichen Streifen ein vom Feinde angelegtes Truppenversteck durch Sprengung.

Gegen die Grenzhöhen zu beiden Seiten des Uz-Tales setzten die Russen nach starker Artilleriewirkung zu einem Angriff in 7 Kilometer Breite an. Ihre Sturmwellen brachen in unserem Feuer, an einer Stelle im Nahkampf, zusammen. Kleinere Vorstöße seitlich des Hauptangriffs scheiterten gleichfalls.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenski.

Nichts Neues.

Mazedonischen Front

In der Seen-Ebene blieb ein feindlicher Erkundungsvorstoß ergebnislos.

Südwestlich des Dojran-Sees drang ein Sturmtrupp in die englische Stellung, machte einen Teil der Besatzung nieder und kehrte mit mehreren Gefangenen zurück.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 2. April. Abends.

Außer den gemeldeten Gefechten im Somme- und Dife-Gebiet keine besonderen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 2. April 1917. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz

Bei der Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph vielfach erhöhte Kampfstärke.

Im Slavic-Tal wurde ein schwächerer, südlich des Uz-Tales ein starker russischer Vorstoß unter erheblichen Feindverlusten abgeschlagen. In den Waldkarpathen arbeiteten unsere Aufklärungsabteilungen mit Erfolg.

In Ostgalizien und Wolhynien keine besonderen Ereignisse. Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Doerflinger, Feldmarschallsleutnant.

Zur Aufklärung nach Rußland.

Republik und Monarchie.

In allen Ländern hat der bürgerliche Imperialismus den Versuch gemacht, die proletarisch-revolutionären Bestrebungen vor seinen Wagen zu spannen. Inwieweit dieser Versuch geglückt oder mißlungen ist, soll hier nicht untersucht werden. Aber in allen Ländern hat sich für die Sozialdemokratie die gleiche schwierige Lage ergeben. Sie soll den Imperialismus daheim bekämpfen, sie soll aber dabei auch nicht die Verbündete des Imperialismus auf der anderen Seite werden.

Wie die deutsche Sozialdemokratie dieses schwierige Problem zu lösen versucht hat, ist bekannt. Daheim wird sie wegen ihrer Friedensarbeit von Eroberungspolitikern und Bis-ans-Ende-Kriegern als ihr gefährlichster Feind bekämpft. Draußen behauptet man von ihr aber, sie hätte sich dem bürgerlichen Imperialismus mit Haut und Haaren verkauft. Beschuldigungen, die in der Hitze eines Bruderkampfes unbedacht erhoben wurden, dienen dazu, diese Behauptung zu stützen, die Verflechtung zwischen den sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder zu hintertreiben, die Verwirrung zu steigern, die Friedensaussichten zu verschlechtern.

Jetzt soll aber die russische Sozialdemokratie vor den Wagen des bürgerlichen Imperialismus gespannt werden, und als Zaumzeug verwendet man dabei sehr geschickt die demokratische Ideologie. Den russischen Sozialisten wird gesagt, der Kampf der Entente sei ein Kampf um die Demokratie, und er dürfe nicht ruhen, solange nicht Deutschland Republik geworden sei.

Nach Behauptungen der französischen Presse soll auch Genosse Tschaidie erklärt haben, das russische Proletariat könne erst nach der Absetzung der Hohenzollern mit Deutschland gehen.

Dazu sei folgendes bemerkt:

Zunächst: Die Forderung nach der deutschen Republik kann nur von den Deutschen selbst, nicht aber von Russen, Franzosen, nicht von „Untertanen“ des Königs von England oder des Königs von Italien erhoben werden. Kein Volk hat das Recht, einem anderen seine Staatsform mit Gewalt aufzudrängen, und kein Volk tut Flug, wenn es einen solchen Versuch unternimmt, weil diese Staatsform eben dadurch, daß sie bloß aufgedrängt wird, auch entwertet wird. Jetzt soll das russische Volk durch allgemeine Abstimmung darüber entscheiden, ob es monarchisch oder republikanisch regiert sein will. Wir deutschen Sozialdemokraten werden uns sehr freuen, wenn diese Entscheidung zugunsten der Republik ausfällt, aber den Gedanken, daß diese Entscheidung durch äußere Gewalt getroffen werden sollte, halten wir für absurd. Was für Rußland gilt, gilt auch für Deutschland.

Weiter: Ueber die Wünsche des deutschen Volkes hinsichtlich seiner Staatsform sind wir einigermaßen unterrichtet. Bei den letzten Reichstagswahlen im Januar 1912 wurden in geheimer Wahl 12 188 000 Stimmen abgegeben, davon waren 4 238 000 sozialdemokratisch. Daß alle Wähler, die sozialdemokratisch stimmten, überzeugte Republikaner waren, möchten wir keineswegs behaupten; daß die restlichen 7 949 000 Wähler es nicht waren, darf man wohl als gewiß annehmen. Im Reichstag sind von 397 Abgeordneten 286 entschiedene Monarchisten. Unter solchen Umständen gibt es für eine demokratische Partei wie die Sozialdemokratie nur eine Möglichkeit: ihre Grundsätze zu verwerfen und der Mehrheit ihr Recht werden zu lassen.

Man soll also die Stärke der Monarchie in Deutschland nicht unterschätzen. Ueber ihre Zukunft wollen wir nicht prophezeien. Nur das eine soll gesagt sein: Findet die Monarchie in dieser Zeit kluge Ratgeber, dann kann sie sich für alle absehbare Zeit sichern und festigen. Das deutsche Volk ist in seiner Mehrheit nicht antimonarchisch, es ist aber zweifellos in seiner Mehrheit demokratisch gesinnt, es will das gleiche Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern, es will Selbstverwaltung und parlamentarisches System. Kurz, es will das, was in anderen Monarchien längst verwirklicht ist. Gequert in dieser Reformen ist nur eine dünne Schicht, die vorgibt, sie wolle die Monarchie schützen, die aber in Wirklichkeit nur um ihre eigene Herrschaft kämpft.

Sobald die Monarchie die Wünsche des Volkes erfüllt, ist aller republikanischen Agitation der Boden unter den Füßen weggezogen. Die Frage, ob Monarchie oder Republik, würde dann noch viel weniger Diskussionssthema sein, als sie es jetzt schon ist. Und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es so kommt. Wenn auch noch Schwierigkeiten zu überwinden sind, so werden sie — vorausichtlich sogar schon in kürzester Zeit — überwunden werden, ohne eine Spur von gewalttätigem Umsturz und ohne Sturz der Monarchie. Die Methoden des politischen Fortschritts sind in den

verschiedenen Ländern vertrieben, und kein Volk sollte dem anderen Vorschriften darüber machen wollen, wie es zu seinen politischen Rechten kommen soll. Jeder Versuch in dieser Richtung müßte den Krieg unabsehbar verlängern!

Das heutige Rußland sieht in der monarchischen Staatsform Englands und Italiens keinen Grund, die freundschaftlichen Beziehungen zum englischen und zum italienischen Volk zu lösen. Wie sollte ihm da die heutige Staatsform Deutschlands ein Hindernis sein, auch zum deutschen Volk wieder in freundschaftliche Beziehungen zu treten? Scheidendes Anspruchs ist, wenn er überhaupt richtig wiedergegeben ist, jedenfalls vor dem Bekanntwerden der deutschen Erklärung gefallen, daß Deutschland nicht daran denke, der freiheitlichen Entwicklung Rußlands auch nur das geringste in den Weg zu legen und daß es keinen anderen Wunsch habe, als mit Rußland bald zu einem für beide Teile ehrenvollen Frieden zu gelangen. Auch der Vorschlag des Grafen Czernin, noch mitten im Waffenlärm zu einer allgemeinen Friedenskonferenz zusammenzutreten, konnte damals in Rußland noch nicht bekannt sein. Es erfüllt uns mit Freude, daß seitdem die Stimmen ruhiger und freundlicher zu uns herüberklingen.

Die russische Sozialdemokratie erfüllt nach unserer Uebersetzung ihre große Mission nur dann, wenn sie den Volkstraum vom nahenden Frieden verwirklichen hilft und wenn sie es dem deutschen Volk überläßt, für seine eigene Freiheit zu sorgen. Nach diesem Krieg wird es kein Volk in Europa geben, das nicht, sei es unter welcher Staatsform immer, frei seine eigenen Geschicke bestimmen wird. Und seines wird eine Rückkehr zu dem furchtbaren Zustand wünschen, dessen endliches Ende alle aus ganzem Herzen herbeiführen!

Der isolierte Zar.

Das Zarengefolge in der Peter-Pauls-Festung.

Peter, 2. April. Radio meldet aus Petersburg, die ganze Umgebung des Zarenpaares sei von Zaritsche Etses nach der Peter-Pauls-Festung gebracht worden. Zar und Zarin seien vollständig isoliert und ihre Bewachung verschärft worden, dreimal täglich werde gefeiert, daß sie sich noch im Felsch befinden.

Wer Trauen ernten will, muß Liebe säen!

Um die Seele der russischen Arbeiter.

Dem äußeren Anschein nach haben sich die Wogen der russischen Revolution erheblich geglättet. Meldungen über große tatsächliche Veränderungen laufen immer jeltener ein. Unter dieser ruhigen Oberfläche aber spielt sich ein erbittertes Ringen ab, der Kampf um die Seele der russischen Arbeiter, die man für die Ziele der Eroberungen und Besiegung Deutschlands gewinnen will. Daran beteiligen sich nach Kräften auch die Verbündeten Rußlands, die französischen Stimmen mit kaum verhüllter Angst, an der russischen Revolution doch schließlich ihre Eroberungsziele scheitern zu sehen, während die Engländer durch einen pedantisch lehrhaften Ton ihr Intrigenpiel wirksamer zu machen hoffen. Hier einige französische Stimmen:

In der „Union Republicaine du Jura“ vom 28. März schreibt der ehemalige Minister Vichon:

Die russische Regierung mag von deutscher Seite auf alles gefaßt sein, nicht zum mindesten von der Möglichkeit der deutschen Sozialisten, die besonders gefährlich sind. Würde wäre es, wenn ihnen die russischen Arbeiter Gehör schenken wollten, denn sie würden damit unter ein zehnfach schlimmeres Joch kommen, als das war, welches sie soeben abgestreift haben.

Servé, der Unvermeidliche, fürchtet in der „Victoire“ nicht so sehr die Russen, die schon still sein werden, wenn Deutschland seine große Offensive beginnen wird:

Wielochte erblicke ich die Gefahr in einigen russischen Sozialisten, die, von ihren deutschen Genießgenossen betört, den Massenkampf und die soziale Revolution predigen — Dinge, für die Rußland noch lange nicht reif ist. Kein Land kann heute mittelalterliche Zustände und morgen die soziale Republik haben.

Er rät dann weiter, den „Phantasten“ zunächst freirechtliche Einrichtungen aller Art zu schaffen und weist ihnen die großen Besessungen des Kaiserhauses als lodenden Köder hin: Wenn aber die russischen Sozialisten Massenkampf und soziale Revolution erstreben, so werden sie weder Freiheit noch Republik, wohl aber die deutsche Armee ins Land bekommen und ihre ruhmvolle Revolution wird ein Geßpött der preussischen Junker und der Aechte des Zarenthums werden.

Ueber die Wirkung, welche diese Propaganda auf die russischen Arbeiterkreise ausübt, kann der Außenstehende natürlich sehr schwer ein Urteil fällen. Die offizielle Petersburger Telegraphen-Agentur ist freilich fortgesetzt in der Lage, Kundgebungen aus Arbeiterkreisen zu veröffentlichen, welche den Krieg bis zum Sieg über Deutschland propagieren. So meldet sie unter dem 1. April aus Petersburg:

Der Ausbruch der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten von Petersburg, wo die Mehrzahl der Fabriken und Werkstätten vereinigt ist, welche für die nationale Verteidigung arbeiten, nahm einstimmig eine Entschliessung an, die in der Arbeiterzeitung vom 31. März veröffentlicht wird. Sie enthält zwei Punkte: daß die Befestigung der politischen Freiheit, die durch die Revolution errungen wurde, und die unbedingte Notwendigkeit, alle Streitigkeiten beizulegen, welche die Sache des alten Regimes betreffen, und die unerlässliche Produktion der Munitionsbekände ungenügend beeinflussen, für den gegenwärtigen Augenblick unerlässlich ist, um den deutschen Militarismus zu bezwingen, dessen Schrecken kein Gott, die Autokratie wiederherzustellen.

Die kühne Behauptung, daß Deutschland die russische Autokratie wieder herstellen wolle, wird aber doch nicht in allen Kreisen der Revolution bestimmungslos unterdrückt. Viel vorsichtiger schreibt das Organ „Dionaroda“:

Wir bekämpfen die Deutschen, wenn sie der Reaktion beifallen, aber Rußland muß jetzt den Verbündeten gegenüber offen seine Bereitschaft zum Abschluß eines ehrenvollen Friedens kundtun.

Wir können die Hoffnung haben, daß die jüngste Kanzlerrede das Gerücht von der deutschen Einmischung in inner-russische Verhältnisse doch schließlich zum Schweigen bringen wird. Die „National-Zeitung“ ist in der Lage, folgende russischen Vorkommnisse zur Rede Volkmann-Vollwegs zu veröffentlichen: „Dien“ schreibt:

Das neue Rußland kann keinen beherrschenden Frieden eingehen. Rußland will Frieden schließen auf Grund des Standes vorher. Auch Rußland hat kein Interesse an einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutsch-

lands. Rußland wünscht ein friedliebendes Deutschland. Das Gerücht vom deutschen Militarismus muß verstummen, da es nur volksverhätzerisch wirkt. Deutschland solle konkrete Friedensvorschläge machen! „Bromda“ erklärt:

Das russische Volk lehnt jeden Eroberungskrieg ab, wird sich aber gegen fremde Angriffe, die die Würde, Ehre und den Bestand Rußlands verletzen, wehren. Das russische Volk nimmt von der Kanzlerrede an, daß Deutschland sich in inner-russische Angelegenheiten nicht einmischen will, befriedigend Kenntnis. Deutschland soll seinen Friedenswillen praktisch beweisen und konkrete Vorschläge machen. Rußland wünscht das Ende des Völkermordens, das russische Volk ersehnt den allgemeinen Völkerefrieden.

Je deutlicher die deutsche Regierung ihren Willen zu einem Frieden ohne Annexionen ausdrückt, desto reicher wird sich das Ringen um die Seele der russischen Arbeiter zugunsten des Friedens entscheiden.

Die Tätigkeit der neuen Regierung.

Amsterdam, 2. April. „Allgemeen Handelsblad“ meldet aus Petersburg vom 31. März: Der Verkehrsminister hat 30 000 Tonnen Wehl, die auf einer kleinen Eisenbahnstation verborgen waren, beschlagnahmt; der Besitzer hat sich nicht gemeldet. Der Minister für Handel und Industrie hat der Semstwo-Vereinigung das ausschließliche Recht gegeben, Kohle zu verkaufen. Die Regierung denkt an die Einführung eines Staatsmonopols für den Getreidehandel. Die Zentralkommission des Städtebundes hat den russischen Gemeindeverwaltungen einen Gesehentwurf zur Begutachtung vorgelegt, der eine neue Organisation der Gemeinden auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes vorschlägt.

Petersburg, 1. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die provisorische Regierung ist im Hauptquartier in Moskau eingetroffen und von General Alexeieff, dem ganzen Generalkab der Garnison, Vertretern des Semwos der Stadt und einer zahlreichen Menschenmenge empfangen worden. Miljutin und Kerenski hielten Ansprachen und wurden mit lebhaften Ausdrücken begrüßt.

Fürst Lwow über die Revolution.

Amsterdam, 2. April. „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg, daß Fürst Lwow folgende Erklärung abgegeben hat: Man braucht wegen der zeitweiligen Unordnung, die die Revolution mit sich bringt, nicht besorgt zu sein. Sie ist eine unvermeidliche Phase und unbedeutend im Vergleich zu der Größe der eingetretenen Veränderung. Die überwältigende Mehrheit des russischen Volkes hat das neue Regime begrüßt, ohne ihre gewohnte Arbeit zu unterbrechen. Wir haben angefangen zu arbeiten, wie noch nie zuvor. Seit Beginn des Krieges haben wir gewünscht, daß die Kräfte der Nation frei kämen. Das ist jetzt der Fall, und die angehäufte Energie wird nicht nur im Jubel veratmen, sondern auch der dringenden Aufgabe des Augenblicks gewidmet sein, nämlich, ein starkes Rußland zu schaffen, das imstande ist, die Aufgaben durchzuführen, die es übernahm, als es die deutsche Herausforderung annahm. In Arme und Volk herrscht ein neuer Geist und neues Vertrauen auf den Sieg. Wir glauben jetzt, das wird den Krieg gewinnen.

Beweise der russischen Mobilisation im Juli 1914.

Nach einer im Deutschen Reichsbuch Seite 28 veröffentlichten Meldung vom 27. Juli 1914 war in Nowo bereits an diesem Tage Kriegszustand erklärt. Diese Tatsache ist von der russischen Presse in Abrede gestellt worden. Die „R. A. J.“ ist nunmehr in der Lage, für die Bestätigung der Richtigkeit jener Meldung ein nachträglich aufgefundenes amtliches Schreiben des Chefs des Stabes der Festung Nowo an den Chef der Schiffsverehrde vom 11./27. Juli 1914 Nr. 6267 anzuführen. Dieses ordnet verschiedene Maßnahmen an, mit Rücksicht auf den Kriegszustand.

An der vorzeitigen russischen Mobilisation scheiterten bekanntlich alle Bemühungen, den Weltfrieden aufrecht zu erhalten.

Trotz Rückzugs Gefangeneneute.

Berlin, 2. April. Bei wechselnder Sicht und Regenschauern nehmen die Kämpfe zwischen Erass und Aisne in der gewohnten Weise ihren Fortgang. In größeren Zusammenstößen kam es bei Croisilles, an der Straße Rind—Gouzeaucourt, bei Savy, Heiderseits der Somme sowie nördlich Soissons. In allen diesen Punkten wurden englische und französische Vorstöße blutig abgewiesen. Besonders groß waren die gegnerischen Verluste bei dem Angriff auf den Holmowald. Die außerordentlich schwierige, ja gefährliche Lage, in die Engländer und Franzosen durch die deutsche Frontverlegung gekommen sind, beweisen die fortwährenden Klagen über die deutschen Verstärkungen und die ängstlichen Stimmen der Militärkritiker, die ständig zur Vorsicht und Behutsamkeit mahnen. Trotz dieser angeblich durch die Entente erzwungenen Operation nahmen die Deutschen im vergangenen Monat an der Westfront 2000 Mann gefangen, erbeuteten 59 Maschinengewehre. Demgegenüber vermögten die englischen und französischen Berichte für die gleiche Zeit noch nicht einmal die Hälfte an Gefangenen zu melden, nämlich 1400 Gefangene und eine Beute von 39 Maschinengewehren. In alten Fronten machten die Deutschen und ihre Verbündeten 6800 Gefangene sowie eine Beute von 134 Maschinengewehren (ohne Schnelladegewehre) und 60 Minenwerfern.

Englischer Heeresbericht vom 1. April. Nach hartem Kampf nahmen wir das Dorf Savy, vier Meilen von St. Quentin. 61 Gefangene und vier Maschinengewehre wurden eingebracht. Die Verluste des Feindes sind schwer. 70 deutsche Leichen wurden vor der Front eines einzigen Bataillons gezählt. Wir nahmen auch den Wald von Savy, eine Meile nördlich des Dorfes, außerdem die Dörfer Bendelles, Evrey und Wipre. Nordwestlich Croisilles rückten wir weiter vor. Teile unserer Truppen drangen während der Nacht und heute morgen in feindliche Gräben nördlich von Noicincourt und nordwestlich von Reuville-St. Vaast ein. Südwestlich von Eivendy wurden noch einige Gefangene eingebracht und dem Feinde viele Verluste zugefügt.

Im Monat März haben wir bei Vorstößen, örtlich begrenzten Unternehmungen und im Verlaufe des feindlichen Rückzuges 1289 Deutsche gefangen genommen, darunter 18 Offiziere. Wir haben außerdem 3 Feldgeschütze und eine Menge anderes Kriegsmaterial erbeutet. Die Gesamtzahl der von uns in den ersten drei Monaten dieses Jahres eingebrachten deutschen Gefangenen beträgt 4800, darunter 78 Offiziere.

Um einen ziffernmäßig numerierten Gefangenenerfolg buchen zu können, müssen die Engländer schon weite Zeiträume zusammen-

rechnen. Die Zahl von 1289 Gefangenen im März ist in Wirklichkeit für sie bescheiden niedrig, denn sie ergibt — genau 140 Gefangene auf den Tag des Rückzugs! Außerdem geht weiter aus den Zahlen hervor, daß im Januar und Februar, also vor dem deutschen Rückzug, die durchschnittliche tägliche Gefangeneneute der Engländer erheblich größer war, als im März, also während der Rückzug ausgeführt wurde. Ein deutlicher Beweis für sein glänzendes Gelingen!

Französischer Heeresbericht vom 1. April abends. An der Somme und Dife teilweise unterbrochenes Artilleriefeuer. Heftig lebhaftes Geplänkel zwischen unseren Vorposten. Wir zerstörten feindliche Patrouillen und machten einige Gefangene. Im Laufe einer Angriffsbewegung, die unsere Truppen mit Lebhaftigkeit südlich der Ailette durchführten, nahmen sie von der Ailette bis zur Laoner Straße mehrere Grabensysteme und ausgebauten Stützpunkte. Westlich von Reuville verteidigte sich der Feind mit Energie, wurde aber mit schweren Verlusten zurückgeschlagen, und zwar bis zum Rande von Vouzailles und Loffang. 108 Gefangene, darunter 2 Offiziere, und 8 Maschinengewehre blieben in unserer Hand. In der Champagne rege Tätigkeit beider Artillerien. Westlich von Maisons de Champagne nahmen unsere Batterien feindliche Abteilungen auf dem Marsch unter Feuer. Sonst kein Ereignis von Bedeutung.

„Sterne und Streifen“ auf Dänisch-Westindien geschickt.

Amsterdam, 2. April. „Times“ meldet aus New York vom 1. April, daß gestern auf den dänischen Antillen die amerikanische Flagge geschickt wurde. Sie werden in Zukunft Virgin Island of United States heißen.

Bryans Friedensarbeit.

New York, 29. März. (Hauptstadt des Vertreters von W. T. V. Veripäet eingetroffen.) „Associated Press“ meldet aus Miami (Florida): Bryan hat an den Senat und das Haus der Repräsentanten einen Appell gerichtet, in dem er darauf drängt, daß der Versuch gemacht werde, eine Ausschussung des rücksichtslosen deutschen U-Boot-Krieges herbeizuführen durch Anwendung des sogenannten Bryan-Friedensplans, der die Unterjagung aller Streitigkeiten durch einen internationalen Gerichtshof vorsieht, ehe ein Krieg ausbricht. Bryan hat den Kongreß auch gebeten, die Wünsche des Volkes durch eine Volksabstimmung zu erforschen, falls der Kongreß zu dem Schluß kommt, daß nur ein Krieg die nationale Ehre wahren kann.

Der Streik in Barrow.

London, 1. April. Das Reichsbureau meldet aus Barrow: Der Streik betrifft jetzt so gut wie alle mechanischen Werkstätten der Gegend; die Werften sind nicht betroffen. Die Ausständigen beschloßen heute trotz der Vermittlungsversuche der Mechaniker-Vereinigung und des Arbeitsministers mit großer Mehrheit, den Streik fortzusetzen. Da die Munitionserzeugung, die von vitaler nationaler Wichtigkeit ist, sehr verzögert wird, sieht die Regierung die Lage als sehr ernst an und erwägt die sofort zu ergreifenden Maßnahmen.

Der türkische Wille durchzuhalten.

Konstantinopel, 31. März. Anlässlich der Schließung der dritten Tagung der Kammer hielt der Präsident Sadii Adil Bey eine Rede, in der er u. a. sagte:

Unsere Nation ist an Gefahren gewöhnt; sie hat manche Unglücksfälle erfahren, aber an was sie sich niemals gewöhnen wird, das ist die Erniedrigung. Wir können es ertragen, in Armut und Unglück zu leben, aber wir können es nicht ertragen, unser Leben mit Niedrigkeit verknüpft zu sehen. (Händeklatschen und Bravorufe.) Wohl sind einige Punkte unseres Vaterlandes heute von den Fängen des Feindes zerrissen, aber wir würden die für das gemeinsame Ziel mit Unterstützung unserer Truppen in Gallien, in der Dobrußja, in Rumänien und Mazedonien erzielten Erfolge, die wir ertragen die Verluste, die wir erlitten haben mit Ruhe, Mut und voll Hingebung erfüllen unsere militärische Pflicht gegen das Vaterland. Wir zweifeln nicht, daß dieser geheiligte Boden bald mit Gottes Hilfe vom Feinde befreit sein wird.

Die Kämpfe an der Tigrisfront.

Türkischer Heeresbericht vom 1. April. An der Tigrisfront haben sich die Engländer, deren Angriff, wie im gestrigen Heeresbericht gemeldet worden ist, mit schweren Verlusten abgewiesen wurde, zurückgezogen. Der Angriff, den die Engländer gegen unseren äußersten linken Flügel südlich von Diela unternahm, wurde gleichfalls mit Verlusten für den Gegner abgewiesen. An der Sinairfront keine Veränderung.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber. Englischer Bericht aus Mesopotamien vom 31. März. Seit dem 19. März operieren unsere Truppen von Bagdad aus nordwärts und nordostwärts, fechten scharf mit dem Feinde, treiben ihn zurück und richten ihre Stellungen ein. Unsere und die russischen Truppen beengten bei ihrem Vormarsch aus verschiedenen Richtungen auf Ahanih erheblichen Schwierigkeiten, die unigen infolge Auslassens einer Anzahl von Booten in den Flüssen, die Rassen durch den Schnee, die von den zurückgehenden Türken angelegte Verwüstung und die harte Stellung des Vordrängens. Unsere Truppen stehen in dieser Richtung auf erhebliche feindliche Streitkräfte und umfangreichen Widerstand, brachten aber dem Feinde ernste Verluste bei, machten Gefangene und erbeuteten Lebensmittel. Wir besetzten nach einem lebhaften Gefecht am 23. März Scharoblu und verlegten dem Feinde am Dielafluß in der Gegend von Jebel Hamrih und Sigel Rohat schwere Schläge. Am 25. März besetzten wir Belatwah und Sindihal und ergriffen von den reichen und fruchtbaren Gegenden fünfundsiebzig Meilen westlich von Bagdad Besitz. Halbmonat, sechs- und dreißig Meilen westlich von Bagdad wurde von uns am 19. März besetzt. Die Türken leisteten, als sie auf diesen Ort zurückgingen, geringen Widerstand.

Radoslawow gegen die Opposition.

Sofia, 2. April. (Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur.) In der Sabranje erinnerte Ministerpräsident Radoslawow an die Vorwürfe und Drohungen, die die Opposition zu der Zeit, als sich Bulgarien den Mittelmächten angeschlossen, gegen den König und gegen die Regierung richtete. Es naht die Stunde, sagte der Ministerpräsident, wo diejenigen, die diese Beschuldigungen erhoben, ihre Worte bereuen werden. Auf jeden Fall hat das bulgarische Volk seine Einheit bewahrt und seine wackeren Truppen verteidigen mit bewundernswürdiger Tapferkeit ihre Ehrentugenden, den Preis schmerzlicher Opfer, die aber nicht vergeblich sind, da die Regierung alle Maßnahmen ergriffen hat, um die Früchte der Siege des Volksheroes zu sichern.

Der Krieg auf den Meeren.

Hollands Standpunkt gegenüber „bewaffneten Handelsschiffen“ unverändert.

Haag, 31. März. (Nachricht der Niederländischen Telegraf-Agentur.) Amlich wird unter Berufung auf die vom Marineministerium am 7. März über den Vorfall mit dem Dampfer Prinzess Melita gemachte Mitteilung erklärt:

So kann in bezug auf die in der Presse aufgeworfenen Fragen über den tatsächlichen Hergang mitgeteilt werden, daß die feierliche Kommunikation die Tatsachen genau so wiedergegeben haben, wie sie sich zugezogen haben. Das Schiff hat sich auf dem Meer von Holland genähert, weil das Untersuchungsfahrzeug wegen Schiffsstürms sich auf die Küste zurückgezogen hatte. Dadurch, daß der Prinzess Melita der Befehl erteilt wurde, das niederländische Hoheitsgebiet sofort bei Strafe der Internierung im Falle der Nichtbefolgung des Befehls zu verlassen, handelte das Untersuchungsfahrzeug gegenüber diesem Schiff, das sich direkt nach einem niederländischen Hafen begab, so wie bereits in früheren Fällen gegenüber kriegsführenden Schiffen beider Parteien, die in das Hoheitsgebiet einliefen, von Seiten der niederländischen Wachtschiffe gehandelt worden war. Als am nächsten Tage die Prinzess Melita um Zulassung ersuchte, will sie einen Kranken landen wollte, sei diesem Ersuchen und Erwägungen der Menschlichkeit und aus dem Grunde stattgegeben worden, weil das Völkerrecht auch Kriegsschiffe die Einfahrt in einen sicheren Hafen zur Ausschiffung von Kranken und Verwundeten erlaubt. Bei der dritten Ankunft der Prinzess Melita war das Schiff, das Kanone und Lafette von Bord entsernt hatte, kein bewaffnetes Handelsschiff mehr und wurde deshalb wie jedes unbewaffnete Handelsschiff behandelt.

Seesperre und Versenkungen.

Kristiania, 1. April. Einem Telegramm des norwegischen Konsulats in Bordeaux zufolge wurde der Dampfer World 1 am 29. März von einem deutschen U-Boot drei Meilen vor Honfleur (Normandie) versenkt. Die britische Admiralität teilt mit, der Dampfer Brita sei wahrscheinlich versenkt worden.

Amsterdam, 2. April. Der norwegische Dampfer Lisbeth mit gemischter Ladung von Rotterdam nach Swansea unterwegs, wurde Sonntag früh zwischen dem Naastenschiff und Noordhinder versenkt. — In Hamden wurde die 21 Mann starke Besatzung des norwegischen Dampfers Heist ein aus Stavanger, der mit Getreide für das belgische Hilfskomitee von Philadelphia nach Rotterdam unterwegs war und etwa 70 Meilen östwärts des Zerfällinger Leuchtschiffes auf eine Mine lief, gelandet.

Der Grund zu Wilsons moralischer Entrüstung.

Laut „Economista d'Italia“ vom 26. März wird amtlich bekanntgemacht, daß der Außenhandel der Vereinigten Staaten im Februar um 550 Millionen Franc abgenommen hat. Nach der Erklärung des holländischen U-Boot-Krieges durch Deutschland ist die Einfuhr um 210 und die Ausfuhr um 735 Millionen gesunken.

Zu dem Aufsatze der amerikanischen Sozialisten gegen Wilsons Kriegspolitik heißt es: „Der deutsche U-Boot-Krieg bedroht nicht unseren nationalen Eudon oder unsere Unabhängigkeit, noch unsere nationale Würde und Ehre. Er ist nicht in erster Linie gegen die Vereinigten Staaten gerichtet und berührt nicht das amerikanische Volk. Er trifft nur die schwachen Klassen, die enorme Profite aus der Herstellung von Todeswerkzeugen ziehen oder die unsere notwendigen Lebensmittel zu enormen Preisen an die kriegsführenden Völker verkaufen.“

Kleine Kriegsnachrichten.

Ein Opfer des Internierungssystems. Wie aus Holland gemeldet wird, ist in ihrer englischen Internierungszelle die Frau des früheren deutschen Konsuls in Sunderland, Ahlers, freiwillig aus dem Leben geschieden. Die Frau ist außerordentlich unter der Internierung, und als dazu noch ihre ganze Familie auf die Hilfe der Feinde Englands gesetzt wurde, nahm sie Veronesi. — Konsul Ahlers ist bekanntlich jener Konsul, der, als der Krieg ausbrach, einigen deutschen Wehrpflichtigen zur Heimreise behilflich war. Da er, wenn auch von Geburt Deutscher, seit 1900 in England naturalisiert war, wurde er wegen Hochverrats angeklagt; in erster Instanz zum Tode verurteilt, in zweiter und dritter aber freigesprochen. Die Heftpresse lebte aber durch, daß Ahlers und später auch seine Frau interniert wurden.

Kartoffel- und Zuckerpemie für Quartiersheiden und Kasernen. Ein Londoner Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“ führt als Beispiel für den Kartoffel- und Zuckermangel in London einen fündigen Arbeiter an, der jedem Kunden, der sich die Haare schneiden läßt, eine Kartoffel, und jedem, der sich rasieren läßt, ein Stück Zucker gibt. Der Mann hat großen Absatz.

Der Gregorianische Kalender in Rußland. Die Petersburger Stadtverwaltung hat die prosaische Regierung ersucht, den Gregorianischen Kalender in Rußland einzuführen.

Politische Uebersicht.

Graf Czernin und die Alldeutschen.

Die Alldeutschen sind von der Unterhaltung des Grafen Czernin wie vom Donner gerührt und spannen alle Kräfte an, ihren ausgezeichneten Eindruck in Ru- und Ausland zu verwischen und die russischen Sozialdemokraten zu überzeugen, daß von Deutschland kein Verständigungsfrieden zu erwarten sei, der allen Licht und Luft zum Leben läßt.

Aufgerollt um die Rettung des Vaterlandes ist Graf Reventlow bedacht. Die Wachsheit der von alters berühmten lapitolischen Gänse wird weit übertrumpft. Graf Reventlow hängt in beweglichsten Worten den Österreichisch-ungarischen Außenminister an, daß er alle Erfolge der deutschen Waffen zu Lande, auf und unter der See gefährde.

Angesichts dieser so erfreulichen und mit größter Inuberficht zu beurteilenden Tatsachen (des U-Boot-Krieges) wagt sich um so mehr die Frage auf, wie die Auslösung des Grafen Czernin und der begehrte Beifall für sie aus „politischen deutschen Kreisen“ auf unser Feinde wirken müssen. Die Frage ist leicht beantwortet: die jänfende Inuberficht in England, Frankreich und Italien wird durch jene Auslassungen wieder gehoben. Man wird denken, das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn könnten nicht mehr oder ständen vor der Revolution und wüchsten deshalb so schnell wie möglich Frieden schließen. Somit sei es ja auch ganz undenkbar, daß das Friedensangebot vom 12. Dezember jetzt wieder angenommen würde, nachdem es vom Jahresverhande mit beschimpfendem Hohne und Berachtung zurückgewiesen worden sei. Es ist doch undenkbar, daß zwei Mächte, die bereit behandelt worden seien, das Angebot erneuert, wenn sie nicht tatsächlich unmittelbar vor Verzweiflung und Zusammenbruch ständen.

Graf Reventlow schildert die Wirkungen der Czerninischen Ermahnungen auf den feindlichen Westen, aber die herodischen Worte fehlen ihm für die Würdigung dieser Wirkung auf Rußland.

Was Italien, Frankreich, England von der Czerninischen Erklärung denken, ist Augenblicks ganz gleichgültig. Frage ist nur, was das revolutionäre Rußland davon denkt, ob es sich von dem ehrlichen Willen der Mittelmächte zu einem Verständigungsfrieden überzeugt, der ihm erlaubt, die reife Ernte der Revolution in aller Ruhe einzuführen.

Nationalliberale und politische Neuordnung.

Die Reden Stresemanns und Schillers sowie die Haltung der Fraktion am 30. März haben in der nationalliberalen Partei eine heftige Bewegung hervorgerufen. Wie die „Köln. Jtz.“, die wir schon gestern zitierten, sprechen sich fast alle nationalliberalen Mäler für sofortige „Neuorientierung“ aus.

Der erkrankte Führer der Fraktion, Herr Daffermann, hat an Herrn Stresemann ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er sich mit allen Ausführungen Dr. Stresemanns im Reichstage „durchaus einverstanden“ erklärt. Insbesondere, schreibt er weiter, sei die sofortige Durchführung der preussischen Wahlrechtsreform notwendig.

In der Rede von Hirsch-Essen fällt man sich dagegen verhalten und verhalten. In dem „Verl. Neuesten Nachrichten“ weiter Herr Jührmann: „Wohin geht die Fahrt?“

Die Sozialdemokratie hat in dem Kampfe um die Erweiterung der politischen Rechte die Führung an sich gerissen. Sie hat seit vielen Monaten das Kampfobjekt bestimmt. Immer dringlicher hat sie ihre Forderungen erhoben und als Zeitpunkt für die Erfüllung ihres vorläufig wichtigsten Wunsches nach einer Reform des preussischen Wahlrechts gebieterisch unter laun verhängten Drohungen die gegenwärtige Kriegszeit verlangt. Sie stieß außer bei einigen demokratischen Organen, überall auf Widerpruch und Ablehnung. Mit besonderem Ernst und Nachdruck wies das parteiamtliche Organ der Nationalliberalen Partei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, ihre Forderung und ihre Drohungen zurück. Um so größer wird der Sozialdemokratie eigenes Erkennen gewesen sein, als am Tage nach dem Erscheinen dieses parteiamtlichen nationalliberalen Artikels der Sprecher der Nationalliberalen sich für die Erfüllung ihres Wunsches einsetzte.

Herr Jührmann nennt dann das Bestreben seiner eigenen Parteifreunde, eine sofortige Wahlreform in Preußen durchzuführen, ein „gefährliches, unverantwortliches, unübersehbares Unterfangen“.

In der „Post“ rät der freikonservative Herr v. Heßlich der Regierung, sich einer reichsrechtlichen Regelung der Wahlrechtsfrage zu widersetzen, aber im Landtag schleunigt das Verbill der Wahlreform zu öffnen. Es soll also in aller Gewissmündigkeit irgend ein vernünftiges Wahlrecht zusammengepflückt werden und dann sollen die Kinder wieder ruhig sein.

Der „Deutsche Kurier“.

Gegenüber anders lautender Meldung eines Leipziger Blattes betreffs des „Deutschen Kurier“ wird der Telegraphen-Union aus nationalliberalen Parteikreisen mitgeteilt, daß zwischen Vertretern der verschiedenen Richtungen der nationalliberalen Partei Vereinbarungen getroffen sind, um den „Deutschen Kurier“ als Organ der mittleren Linie der nationalliberalen Partei zu erhalten.

Gegen die Alldeutschen

Am Sonntag vormittag in Köln eine große sozialdemokratische Versammlung statt. Der Reichstagsabgeordnete für Köln (Meerfeld) wies unter dem stürmischen Beifall der Versammlung die alldeutschen Annahmen zurück, die sich einige Wochen vorher der Abgeordnete Fuhrmann erlaubt hatte, und bezeichnete als den Zweck der Versammlung, nachzuweisen, daß große Massen auch der Kölner Bürgerchaft die alldeutschen Friedensziele ablehnen und einen Frieden der Verständigung wünschen. Reichstagsabgeordneter Landsberg besprach vor allem die preussische Frage, deren Lösung von „Kehelwollenden und Schwächlingen“ gehindert werde. Seine Kritik an der herrschenden Klasse und ihren Vertretern in der Diplomatie, und im Staatsministerium und im Herrenhause fand den stürmischen Beifall der Versammlung, die auch von Bürgerlichen stark durchsetzt war.

Die Abstimmung über den Verfassungsantrag.

Bei dem Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Einsetzung eines Verfassungsausschusses haben nur vier Nationalliberale gegen den Antrag gestimmt, und zwar die Abgg. Hirsch, Schlee, Partling und Dr. Wärwinkel. Vom Zentrum haben dagegen gestimmt die Abgg. Febe, v. Brandenstein, Graf Galen, Hr. v. Kerckerling, Graf Sandigell, Dr. v. Savigny und Dr. Pflieger. Die Deutsche Fraktion stimmte getrennt. Enthalten haben sich der Welfe Colshorn, die Konservativen Vogt (Holl) und Vogt (Kraischheim), der Zentrumsmann Barlo und der Nationalliberale Wittum.

Teuerungszulagen für die Beamten.

Die den Beamten im Reich und in Preußen bewilligten Teuerungszulagen erfüllen mit Wirkung vom 1. April eine erhebliche Erhöhung. Die Beamten sind in drei Gruppen geteilt, und zwar ohne Wohnungsgeld, das nicht in Berechnung kommt: Gruppe I bis 2000 M., Gruppe II bis 4000 M. und Gruppe III bis 7000 M. Als Grundfach wurde aufgestellt, die Teuerungszulagen bei geringer Besoldung und großer Kinderzahl entsprechend höher zu gestalten. Die Zulagen betragen:

für Beamte ohne Kinder	bisher 141 M., jetzt 180 M.
mit 1 Kind	204 „ 284 „
mit 2 Kindern	264 „ 400 „
mit 3 „	324 „ 468 „
mit 4 „	384 „ 536 „
mit 5 „	444 „ 604 „
mit 6 „	504 „ 672 „

In Gruppe II erhalten:	
die Beamten ohne Kinder	bisher 144 M., jetzt 184 M.
mit 1 Kind	204 „ 278 „
mit 2 Kindern	264 „ 400 „
mit 3 „	324 „ 468 „
mit 4 „	384 „ 536 „
mit 5 „	444 „ 604 „
mit 6 „	504 „ 672 „

In Gruppe III erhalten die kinderlosen Beamten keine Teuerungszulage, die mit 1 Kind 120 M., mit 2 Kindern 252 M., mit 3 Kindern 384 M., mit 4 Kindern 516 M., mit 5 Kindern 648 M. und mit 6 Kindern 780 M. jährlich.

Aufhebung der Freizügigkeit!

Das bahrische Kriegsministerium hat eine Verordnung erlassen, nach der bürgerliche Personen bis auf weiteres nicht in Gewerbebetrieben oder als häusliche Dienstboten in Beschäftigung genommen werden dürfen, wenn sie in den vorausgegangenen zwölf Monaten nicht wenigstens sechs Wochen in der Landwirtschaft tätig gewesen sind. Unter gleicher Voraussetzung müssen die schon Beschäftigten am 15. April entlassen werden.

Praktisch läuft diese Verordnung, die rechtlich nicht gestift werden kann, auf eine Verrückung der Freizügigkeit weiblicher Dienstboten hinaus.

Staatskommissar Michaelis im Industriegebiet.

Dr. Michaelis hat in Dortmund auch mit Vertretern der Schreier- und Schreierarbeiter eine dreitägige Besprechung abgehalten. Die Gewerkschaftler der drei Richtungen schilderten dem Staatskommissar in entschiedenen Worten den Ernst der Lage. Schorf wurde das Leben der Selbstversorger und Gutflutierten getadelt. Befordert wurde unter anderem das Einheitsgericht in allen Wirtschaften, deren Güte nicht besser leben dürften als die der Volkswirtschaft, ein Ruchen-Badverbot über ganz Deutschland, das Verbot für die Zivilbevölkerung, Bier zu brauen, gleiche Ration für Offiziere und Mannschaften im Heere, Aufhebung der Hindernisse, die dem Versammlungsleben der Gewerkschaften entgegenstehen. Wilde Streiks brächen dann aus, wenn sich die berufenen Vertreter nicht rasch in Versammlungen mit den Arbeitern verständigen könnten.

Krieg und Klassenbildung.

In der jüngsten Sitzung der Stadtverordneten zu Köln teilte Oberbürgermeister Wolff mit, daß sich die Zahl der Jeniten in den Schichten der kleinen, mittleren, großen und größten Einkommen wie folgt verhalten habe:

	im Jahre 1914	1915	1916
900— 8 000 M.	151 067	153 061	166 427
8 000— 14 500 „	21 948	20 069	19 525
14 500— 100 000 „	2 632	2 592	2 719
über 100 000 M. Einkommen	290	218	205

Diese bemerkenswerte amtliche Zusammenstellung bietet insofern kein ganz klares Bild, als sie nur die Zahl der Jeniten, nicht ihre Gesamtsumme nennt. Immerhin läßt sich folgende Tendenz erkennen: Die Zahl der kleinen Einkommen hat bedeutend zugenommen, auch die großen Einkommen, nicht zuletzt die Millionäre und die Multimillionäre haben eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren. Dagegen ist die Zahl der mittleren Einkommen stark gelichtet worden. Würde die Einkommensschwelle 8000 bis 14 500 in mehrere Abteilungen geschieden werden, so wäre das Bild wohl noch klarer geworden. Unzweifelhaft bringt der Krieg die Verschärfung der wirtschaftlichen Klassenengefährde; eine Mahnung für die Arbeiterchaft, ihre gewerkschaftlichen Organisationen, so weit es irgend geht, auf der Höhe zu halten.

Unrichtige Behauptung.

Die „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 76 vom 31. März behauptet in ihrem Artikel „Ein Verfassungskonflikt“, Absatz 4, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen den Antrag für sofortigen Abschluß eines anregungslosen Friedens und Amnestie für politische Straftaten gestimmt hat. Das ist selbstverständlich nicht richtig. Die Fraktion hat ausdrücklich bekräftigt, für die Anträge zu stimmen und hat danach auch gehandelt.

Aus großer Zeit. Das königliche Konsistorium in Bozen schreibt, wie die „Bozener Lehrergeltung“ berichtet, in einem amtlichen Schriftstück wie folgt: Auf die Vorstellung vom 26. v. M. erwidern wir Ihnen nach Anhörung des Herrn Pfarrers H. das Folgende: Die Vorfälle, welche den Lehrer H. und den Herrn Kreisinspektors (das Herz ist in dem Schreiben überglücklich) sowie den Lehrer G. betreffen. — Für den Pfarrer war das „Herz“ von vornherein selbstverständlich; für den Kreisinspektors wurde es nachträglich hinzugefügt; die Lehrer aber sind für das königliche Konsistorium überhaupt keine Herren!

Letzte Nachrichten.

Musik und rote Fahnen.

Petersburg, 1. April. Seit frühem Morgen zogen, wie die Petersburger Tel.-Agentur meldet, unter dem Vorantritt von Musikkapellen und roten Fahnen große Mengen von Truppen und Menschen vor die Duma, wo sie Kundgebungen veranstalteten und erklärten, das neue Regime unterstützen zu wollen. Um 2 Uhr erschien eine außerordentlich große Menge von Frauen vor der Duma, um zugunsten der Gleichheit der Frauenrechte einzutreten. Unter den dabei gehaltenen Reden fiel die der Revolutionärin Bera Signer und der Frau Kolontaj auf. Ihnen antworteten Rodjanko und die Abgeordneten Stoboleff und Tschwidze. Diese erinnerten in ihrer Entgegnung an die Rolle, die die Frauen in der revolutionären Bewegung Rußlands spielten. Rodjanko erklärte, daß die Frage der Gleichheit der Frauenrechte der konstituierenden Versammlung zur Entscheidung vorgelegt werden würde und versprach die Unterstützung der Duma für eine dieser Frage günstige Entscheidung.

Krieg oder Frieden?

Bern, 2. April. „Temps“ meldet aus Petersburg: Das Arbeiter- und Soldatenkomitee verlangt von der Regierung, daß sie die Frage der Friedensziele prüfe und ihre Ansicht und die der alliierten Mächte hierüber veröffentliche. Der Direktor der revolutionären „Pravda“ wurde seiner Stelle enthoben, trotzdem behält das Blatt seine sozialistischen Ansichten über den Krieg und die Kriegsziele bei. Seit kurzem erscheint ein neues großes sozialistisches Blatt „Kasche Diele“, das für die Fortsetzung des Krieges eintritt.

Odeffa und die Revolution.

London, 1. April. Der Balkankorrespondent der „Times“ meldet aus Odeffa vom 28. März, daß die revolutionäre Bewegung in Südrußland sich mit Ruhe und ohne Blutverlust ausbreitet. Insbesondere in Odeffa habe sich der Übergang von Truppen und Bewaffnung zur neuen Regierung ohne Reibung vollzogen. Der Gouverneur sei in seinem Amte geblieben, aber der Bürgermeister durch einen Anhänger der Revolution ersetzt worden.

Die erste Frau im Repräsentantenhaus.

Washington, 1. April. Reutermeldung. Im Repräsentantenhaus wird morgen die erste Frau, Miß Rankin, ihren Sitz einnehmen. Der Anlaß wird von den Frauenrechtlerinnen zu einer Kundgebung benutzt werden.

Heimkehr aus China.

New York, 29. März. (Kunstsprache des Vertreters von W. T. B., verspätet eingetroffen.) Eine Meldung aus Schanghai besagt, daß der deutsche Gesandte mit seinem Stabe, im ganzen 27 Personen, nach San Francisco abgefahren ist.

Selbstmord des Redakteurs Holzmeier.

Bremen, 2. April. Der frühere Redakteur der „Bremser Bürgerzeitung“, Wilhelm Holzmeier hat seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Holzmeier war ursprünglich Lehrer und nach einem Aufsehen erregenden Disziplinarprozeß, der mit seiner Entlassung endete, in die Redaktion der „Bürgerzeitung“ eingetreten. Seit Jahren gehörte Holzmeier auch der Bremischen Bürgerchaft an. Infolge der Parteireisigkeiten war er aus der Redaktion der „Bürgerzeitung“ ausgeschieden.

Die Nachricht von seinem tragischen Ende wirkt tief erschütternd!

Gewerkschaftsbewegung

Die Tätigkeit der Generalkommission im Jahre 1916.

Der vorliegende Geschäftsbericht der Generalkommission, der selbst nur in groben Umrissen die Tätigkeit der Zentralkommission der deutschen Gewerkschaften wiedergibt und von dem wir hier nur einen kurzen Auszug geben können, zeigt, welche große Arbeit auf gewerkschaftlichem, namentlich aber sozialpolitischem Gebiete im Kriegsjahre 1916 zu leisten war.

Die Zahl der Verhandlungen mit den verschiedenartigen amtlichen Stellen in Reich, Staat und Gemeinden und zahlreichen privaten Organisationen über im Interesse der Arbeiter zu treffende Kriegsmassnahmen ist mit der längeren Dauer des Krieges erheblich gewachsen. Desgleichen die Zahl der Eingaben, die demselben Zweck dienen. Es erscheint zweckmäßig, diese Maßnahmen im Zusammenhang nach Kriegsschlus zu schildern, wenigstens der ursprüngliche Plan, alle Protokolle über die Verhandlungen und die Eingaben im Wortlaut in diesem Kriegsbericht wiederzugeben, wohl nicht in vollem Umfang durchgeführt werden können. Es wird für die weitere Gestaltung des Arbeiterrechts in Deutschland und das Verhältnis der organisierten Arbeiterschaft zum Staate ein solcher eingehender Bericht für die spätere Zeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Die Arbeiterklasse Deutschlands hat Schweres während der Kriegszeit und besonders in den letzten Wochen ertragen. Die Not zu lindern war Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen. Es darf gesagt werden, daß sie insgesamt auf das Äußerste bemüht waren, diese Pflicht zu erfüllen. Mag auch der unmittelbare Erfolg gering erscheinen, so ist die Frage doch berechtigt, was geschehen wäre, wenn die Gewerkschaften nicht so gehandelt hätten wie sie gehandelt haben. Wäre ihren Anforderungen stets rechtzeitig Folge gegeben, so hätte die Notlage weiter Bevölkerungsschichten nicht den gegenwärtigen Umfang annehmen können. Auf fortgesetztes Drängen der Organisationen sind viele ihrer Vorschläge zur Durchführung gelangt, aber stets zu spät. Trotzdem darf aus diesem Grunde die bisherige Arbeit nicht aufgegeben oder vermindert werden. Nicht, weil durch sie den verantwortlichen Stellen eine Erleichterung geschaffen werden soll, sondern weil sie im Interesse der Arbeiter geboten ist.

Die Generalkommission war bei dieser ihrer Tätigkeit bemüht, möglichst weite Kreise der organisierten Arbeiter und Angestellten zur Mitarbeit heranzuziehen. Im Berichtsjahre sind nicht nur eine Reihe von Eingaben von den Zentralkommissionen aller Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen gemeinsam gemacht worden, sondern es haben auch Konferenzen stattgefunden, die von den sämtlichen Zentralkommissionen einberufen wurden. So die Konferenz zur Beratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge am 23. August 1916 in Köln a. Rh. und die zur Beratung des Hilfsdienstgesetzes am 12. Dezember 1916 in Berlin. Die Vertreter der Zentralstellen der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände sind oft zur Beratung von Eingaben und der gemeinsam zu treffenden Maßnahmen zusammengetreten. Bei einer dieser Besprechungen, die stattfand, als die Gegner Deutschlands das Friedensangebot abgelehnt hatten, wurde angeregt, eine gemeinsame Kundgebung gegen die Zurückweisung der zum Frieden dargebotenen Hand zu veranstalten. Es wurde darauf hingewiesen, daß insbesondere alle sonstigen wirtschaftlichen Organisationen ihre Meinung kundgeben hätten und es unerwünscht erscheinen müßte, wenn die organisierte Arbeiterschaft sich schweigend verhielte. Die Generalkommission konnte um so leichter der Anregung beitreten, als sich ihr dadurch wiederum Gelegenheit bot, öffentlich auf die Mängel hinzuweisen, die in der Organisation der Nahrungsmittelverteilung vorhanden sind. Sie durfte sich aber auch der Einsicht nicht verschließen, daß das Schweigen der organisierten Arbeiterschaft im Auslande Veranlassung geben könnte, Uneinigkeit im deutschen Volke vorauszusetzen und darauf geübt, die Neigung zur Verlängerung des Krieges zu stärken.

Die Eingaben, die in dieser Sache an den Reichskanzler und an den Präsidenten des Reichsrates gerichtet wurden, und die darauf erfolgten Antworten sind feinerzeit öffentlich bekanntgegeben worden.

Von den für die Gewerkschaften wichtigen Gesetzen ist die vom Reichstage verabschiedete Vereinsgesetznovelle zu nennen, über deren Wert und Bedeutung von der Generalkommission eine Broschüre veröffentlicht wurde.

Sehr wichtig war die Mitarbeit am Hilfsdienstgesetz, um diesem Gesetz, das zwar nicht den Wünschen der Gewerkschaften entspricht, Form und Gehalt zu geben, die seine Zwangsmaßnahmen für die Arbeiter erträglich machten. Auch über dieses Gesetz wurde eine sehr instruktive Broschüre herausgegeben.

Die Arbeiten der Kommission zur Beratung der Ausgestaltung des Arbeiterrechts nach dem Kriege haben ihren Fortgang genommen.

Die internationale gewerkschaftliche Verbindung ließ sich in den letzten Jahren nur mit den neutralen Ländern aufrechterhalten. Den Anforderungen, den sich der Internationalen Gewerkschaftsbund von Deutschland in ein neutrales Land zu verlegen, konnte nicht Folge gegeben werden, weil die Überlegung nur von einer internationalen Gewerkschaftskonferenz beschlossen werden kann. Es ist zweimal versucht worden, eine solche einzuberufen. Das erstemal, als der Antrag auf Sitzberufung Anfang 1915 gestellt wurde, das zweitemal, als eine aus vier Ländern bestehende Gewerkschaftskonferenz in Leeds (England) am 5. Juli 1916 beschloß, in Paris ein internationales Korrespondenzbüro einzurufen. Auf Vorschlag der gewerkschaftlichen Landeszentralen der skandinavischen Länder wurde die für den 11. Dezember 1916 nach Bern berufene Konferenz vertagt. Die Konferenz in Leeds hatte auch Arbeiterschutzforderungen formuliert, die im Friedensvertrag Aufnahme finden sollten. Die skandinavische Gewerkschaftskonferenz, die am 10. und 11. November 1916 in Kopenhagen tagte, erwiderte den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, diese Forderungen durchzusetzen und zur Beratung für eine internationale Gewerkschaftskonferenz vorzubereiten. Die Arbeit ist fertiggestellt und sollte zur Beratung kommen. Diese müßte infolge des verschärften Kriegszustandes verschoben werden. Verhandlungen zwischen dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Zentrale der Gewerkschaften Frankreichs hätten das Ergebnis, daß die französischen Gewerkschaften sich bereit erklärten, zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zu delegieren, wenn diese vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund berufen wird. Die Landeszentralen, die während der Kriegszeit Beiträge an den Internationalen Gewerkschaftsbund bezahlet haben, erklärten sich mit dem Vorschlage einverstanden. Seine Ausführung muß so lange ausgesetzt werden, bis die Möglichkeit einer Verbindung mit allen Landeszentralen wieder gegeben sein wird.

Die sozialpolitische Abteilung hat neben der ihr überwiesenen Aufgabe der Materialsammlung sich eingehend mit den sozialpolitischen Fragen beschäftigt, die in der Kriegszeit eine besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Das Arbeiterinnensekretariat war in gleicher Weise wie im Vorjahre tätig; die Mitarbeit in den Organisationen der Kriegsfürsorge nimmt einen erheblichen Teil der Zeit in Anspruch. — Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ erscheint jetzt in einer Auflage von 92.000 Exemplaren.

Der Krieg und die Beschränkung des Refurses in der Reichsversicherungsordnung haben die Vertreterinnen des Zentralarbeitssekretariats vor dem Reichsversicherungsamt wiederum etwas vermindert, sonst war auch dessen Tätigkeit die gleiche wie in den Vorjahren.

Das „Korrespondenzblatt“ mußte mit dem früher eingeschränkten Umfang fürbleiben. Die Redaktion war trotz dieser Bemerkungen bestrebt, den Gewerkschaftsinteressen während des Krieges auf den verschiedensten Gebieten, besonders in der Kriegsfürsorge und Kriegsernährung, gerecht zu werden. Durch Beschluß

der Generalkommission war sie mit der sozialpolitischen Abteilung in enger Verbindung gebracht worden, um eine bessere Verwertung der dort gesammelten sozialpolitischen Materialien zu ermöglichen.

Aus dem Kassenbericht ist ersichtlich, daß die Gesamteinnahmen um 135 713 M. zurückgingen; sie betragen 400 484 M. Da die Ausgaben 440 840 M. betragen, so ergab sich ein Fehlbetrag von 40 355 M. Davon entfielen auf das Unterstützungsfonto 3000 M. und auf die Generalkommission 37 355 M. Der Bestand des Unterstützungsfontos verringerte sich demnach auf 88 219 M. und das Vermögen der Generalkommission auf 338 217 M.

Berlin und Umgegend. Generalversammlung der Buchdrucker.

Am Donnerstag hielt der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer eine Generalversammlung ab, zu welcher außer den Delegierten auch die Vertrauensleute äußerst zahlreich erschienen waren. Die Versammlung beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage im Buchdruckgewerbe und den Lohnverhältnissen in Berlin. In der äußerst lebhaften, doch streng sachlichen Debatte kam die größte Unzufriedenheit mit den jetzigen Lohnverhältnissen zum Ausdruck. Vastieren doch die Löhne noch auf dem von sechs Jahren abgeschlossenen Tarif, zu welchen monatliche Teuerungszulagen von 5,25 bis 17,50 M. gezahlt werden. Wenn auch in vielen Fällen die Gehilfen höhere Löhne erzielt haben, so ist es doch Tatsache, daß in großen Druckereien noch Wochenlöhne von 88 und 89 M. gezahlt werden. Nur durch die übermäßige Leistung von Überstunden und Sonntagsarbeit ist es dem größten Teil der Gehilfen möglich, ein Einkommen zu erzielen, welches ihnen gestattet, ihre Existenz fristen zu können. In einer einstimmig angenommenen Resolution verlangte die Versammlung vom Verbandsvorstand, daß unverzüglich eine Generalversammlung des Verbandes einberufen wird, die zur gewerkschaftlichen Lage und dem dieses Jahr ablaufenden Tarifvertrag Stellung nimmt. Unabhängig davon wird vom Verbandsvorstand die sofortige Einleitung von Verhandlungen mit der Prinzipalität verlangt, welche die Festsetzung von Löhnen zum Ziele haben, die den Berliner Gehilfen die Aufrechterhaltung ihrer Existenz und ihre Leistungsfähigkeit ermöglicht. In der Versammlung kam die feste Entschlossenheit zum Ausdruck, mit allen Mitteln für eine bessere Entlohnung der Berliner Buchdruckergehilfen einzutreten.

Parteinachrichten.

Der Bezirksparteitag für das Herzogtum Braunschweig

tagte am Sonntag in Langelsheim. Es waren 17 Orte durch 33 Delegierte vertreten. Außerdem hatten die Kreisvorsände und die Redaktion des „Volkstreue“ Delegierte entsandt. In den gegenwärtigen Differenzen in der Partei nahm der Parteitag eine Resolution an, in der er sich als in entschiedener Opposition zur Politik der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehend erklärt. Dem Parteivorstand wird Mißbrauch der ihm durch den Parteitag übergebenen Befugnisse zum Vorwurf gemacht. In der Resolution heißt es dann weiter:

„Der Bezirksparteitag erklärt sich mit dem organisatorischen Zusammenschluß der Opposition einverstanden. Der Bezirk Braunschweig wird sich der zu schaffenden Organisation der Opposition angeschlossen.“

Allen Versuchen, im Herzogtum Braunschweig die bestehende Organisation zu spalten, soll mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Die Mitglieder werden dann noch verpflichtet, für die Verbreitung des Organs der sozialdemokratischen Partei für das Herzogtum Braunschweig, den „Volkstreue“, solange er Organ der Opposition bleibt, unermüdet Sorge zu tragen. — Der Parteitag beschloß, den Zuschuß von 500 M. zu dem Gehalt des Bezirkssekretärs Antritt zu streichen, ebenso den Betrag von 1000 M. jährlich, die dem Vorsitzenden des Wahlkreises Holzminde gezahlt wurden.

Eine Konferenz der Wahlkreisorganisationen der Provinz Ostpreußen tagte am Donnerstag im Gewerkschaftshaus zu Königsberg. Vertreten waren die Parteivereine von Königsberg Stadt und Land, Tilsit, Insterburg, Gumbinnen, Memel, Kastenburg und Lyd. Wie aus dem Bericht des Genossen Lühbrügge über den Stand der Parteiorganisation in der Provinz Ostpreußen hervorgeht, ist es der Opposition mit Ausnahme von Königsberg und Tilsit nirgends in der Provinz gelungen, Einzug zu gewinnen. Auf Tilsit, als die zweitgrößte Parteiorganisation Ostpreußens, hatte die Opposition große Hoffnungen gesetzt, doch hat sich eine Wahlkreisoberamtlung mit 23 gegen 7 Stimmen für die Parteimehrheit entschieden. In Königsberg Stadt und Land entwidelt sich die auf dem Boden der Partei stehende ganze Organisation sehr gut und kommt bereits an das fünfte Hundert heran. In Memel, Insterburg, Gumbinnen und Lyd, wo das Parteileben zurzeit der Parteilspaltung völlig darniederliegt, sind jetzt wieder erfreuliche Ansätze einer Parteilspaltung vorhanden. Eine einstimmig angenommene Entschließung der Konferenz billigt die von der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit bisher befolgte Politik.

Ein sozialdemokratischer Polizeidirektor in Bern.

Z. In Bern erzielte am letzten Sonntag unsere Partei einen überraschenden und glänzenden Erfolg. Es galt, an Stelle des verstorbenen städtischen Polizeidirektors Dr. Lang, der der freisinnigen Partei angehörte, einen neuen Mann zu wählen, der zugleich Mitglied des Gemeinderates (Magistrats) ist. Die freisinnige Partei hatte in ihren Reihen keinen geeigneten Kandidaten gefunden, unterstützte daher den Kandidaten der konservativen Partei, Oberst Studt. Die sozialdemokratische Partei aber stellte in der Person des Zentralpräsidenten und Redakteurs des Schweiz. Metallarbeiterverbandes, Genossen Oscar Schneberger, ihren Kandidaten auf, der mit 6822 gegen 5000 Stimmen, die auf Studt fielen, also mit der großen Mehrheit von rund 2000 Stimmen gewählt wurde. Ein großer Erfolg! Gewiß sind auch dem besten sozialdemokratischen Beamten Schranken gesetzt in den bestehenden Gesetzen usw., aber dennoch dürfte es nicht ganz gleichgültig sein, ob bei einem eventuellen Streik der Polizeidirektor von vornherein auf Seite der Unternehmer und Streikbrecher gegen die Streikenden steht, oder ob ein jahrzehntelang in führender Stellung tätig gewesener Gewerkschaftler den Posten des Polizeidirektors inne hat. Die Wahl unseres Genossen Schneberger bedeutet zugleich, daß die sozialdemokratische Partei in dem neunköpfigen Gemeinderat den vierten Vertreter erhält und dementsprechend ihren Einfluß in der Stadtregierung vergrößert.

Industrie und Handel.

Abschluß der Deutschen Bank.

Nach den vielen glänzenden Abschlüssen der Berliner Großbanken schlägt die Deutsche Bank den Rekord. Ihr Abschluß bietet nichts grundsätzlich Neues mehr, er übertrifft nur alle anderen Abschlüsse durch die Größe der Ziffern. Die Zahl der Einlagen ist gestiegen, und das der Bank zu zugeflossene Geld hat besonders Anlage in unverzinslichen Schahamweisungen und Wechseln gefunden, deren Summe von einer auf 1,66 Milliarden Mark hinausgeschossen ist. Infolge des niedrigen Zinsfußes, der gegenwärtig für Einlagen vergütet wird, und des hohen Zinses, den die Banken für die Ausleihung von Geldern erhalten, ist das Erträgnis aus dem Wechsel- und Zinskonto von 48 auf 57 Millionen Mark gestiegen. Die Provisionen brachten 25,4 gegen 24,1 Millionen Mark. Ein Gewinn aus dem Wertpapier-Konjunktional-

geschäft wird wieder nicht ausgewiesen, der Ertrag wird zu Abschreibungen verwendet. Hier liegen enorme stille Reserven. Besondere Reserven hat sich die Bank auf die Weise geschaffen, daß sie aus dem von 77 auf 87,6 Millionen Mark gestiegenen Rohgewinn 6,2 Millionen Mark auf Einrichtung und Bankgebäude abgeschrieben hat. Infolge dieser Abschreibungen ist der Reingewinn nur unwesentlich von 49,6 auf 49,9 Millionen Mark gestiegen. Die Dividende beträgt wie im Vorjahr 12,5 Proz. Das Vermögen der Deutschen Bank in Kapital und Reserve beträgt nach der Verschmelzung mit dem Schlesienschen Bankverein und der Norddeutschen Kreditanstalt ohne den Vortrag 500 Millionen Mark. Die Bank bemerkt, den mit dem Kriegszustand verbundenen Risiken ist durch vorsichtigste Bewertung aller Aktiven Rechnung getragen worden. Insbesondere gilt dies auch für die in Zwangsliquidation befindliche Londoner Zweigstelle, deren Aktiven und Passiven nach den letzten bekanntgewordenen Ausweisen eingestellt sind.

Die Gesamtumsätze beliefen sich auf 129 Milliarden Mark, d. h. auf 22 Milliarden Mark mehr als im Vorjahre.

Aus dem Berliner Wirtschaftskalender.

Die Ludw. Loewe u. Co. A. L. G. in Berlin wird für 1916 82 Proz. Dividende gegen 85 Proz., 90 Proz. und 18 Proz. in den drei letzten Vorjahren zahlen. Der Dividendenrückgang dürfte weite Kreise enttäuschen und läßt den Geschäftsbericht mit Spannung erwarten.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen beförderte ohne die Schöneberger, Wilmersdorfer und Dahlemer Bahn im März 1917 10 586 631 Personen gegen 7 018 822 Personen im gleichen Monat des Vorjahres. Die Einnahmen betragen 1 424 145 M. gegen 918 053 M. Die Betriebs-einnahmen betragen seit dem 1. Januar 1917 3 889 201 M. gegen 2 704 969 M. im Vorjahre. Die Flachbahn Warschauer Straße—Lichtenberg vereinnahmte im März 1917 22 116 M. gegen 12 882 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-A. L. G. weist als Bruttoergebnis des Pferde- und Automobilbetriebes im März 1917 297 307 M. (März 1916 410 311), und seit Anfang Januar 1917 823 060 M. (1 208 707) aus.

Soziales.

Die Kriegshilfe der Krankenkassen.

Die steigenden Schwierigkeiten der Kriegsverhältnisse nötigen die Krankenkassen, sorgfältig ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Krassen in ihren Leistungen und ihrer Verwaltung den Anforderungen der Zeit gerecht werden. Das Notgesetz, betreffend die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen vom 4. August 1914, das die Leistungen der Krassen auf das gesetzliche Mindestmaß herab- und die Krassenbeiträge allgemein auf 4 1/2 v. H. des Arbeitsverdienstes hinaufsetzte, hat bewirkt, daß sich manche Krassen in ihren Verhältnissen sehr gut entwickelten. Fast alle Krassen haben daher die Mehrleistungen, die sie vor Kriegsausbruch besaßen, freiwillig wieder eingeführt. Viele sind auch darüber hinausgegangen und gewähren, auch wenn das ehemalige zur Kriegsteilnahme einberufene Krassenmitglied die Versicherung nicht freiwillig fortsetzt, für dieses Familienhilfe, Sterbegelder usw.

In neuerer Zeit suchen die Krassen den Einwirkungen der Ernährungs-schwierigkeiten auf die Kranken nach Kräften zu begegnen. Teils geschieht dies durch Erhöhung der Beiträge, teils durch Gewährung von Krankenkost oder weitherzige Gewährung anderer Erleichterungen. So gewährt z. B. die Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig jedem erwerbsfähigen Kranken und jeder Wöchnerin, gleichviel in welcher Lohnklasse sie sich befinden, eine wöchentliche Zulage von 2 Mark, die Allgemeine Ortskrankenkasse Halle eine solche von 25 Pfennig für jeden Tag. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Königsberg führte einen prozentualen Zuschuß zum Krankengeld ein usw.

Die Ernährungs-schwierigkeiten können die Krankenkassen auf zwei Wegen bekämpfen: Durch Gewährung von Stärkungsmitteln, die aber immer den Charakter von Heilmitteln haben müssen, und durch Vereinfachung von Krankenkost. Zu den Stärkungsmitteln gehört vor allem die Lieferung von Milch und künstlichen Heilmitteln, wie Kalotropen und ähnlichen Dingen. Die Kräfte haben hier in der Verordnung einen sehr großen Spielraum. Die Gewährung von Krankenkost ist eine Mehrleistung und steht eine entsprechende Bestimmung der Krassenfassung voraus. So gewährt z. B. die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin an blutarme und bleichsüchtige Kranke, soweit der Krassenarzt es für notwendig hält, Mittagessen aus den städtischen Speiseanstalten. Andere Krassen, wie Dortmund usw., sind dem Vorgehen schon gefolgt. Sowohl für die Gewährung von Nährmitteln als auch der Krankenkost dürfen Abzüge am Krankengeld nicht gemacht werden.

Der Hauptverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich richtet seiden ein Rundschreiben an die ihm angehörenden Krassen, indem er besonders zur Gewährung von Nährmitteln und Krankengeld auffordert. Alles, was zum Siege dienen könne, müsse jetzt geopfert werden. Deshalb sollten die Krassenverbände erneut prüfen, wie und wo sie helfen können. Dabei seien allerdings die Krassen auf die Hilfe der Gemeindebehörden angewiesen. Diese wären zu ersuchen, die angehenden reichlicheren Rationen für Kranke, soweit sie Krassenmitglieder sind, durch Vermittlung der Krankenkassen auszuweisen (durch Beschaffung der ärztlichen Zeugnisse usw.). Die Gemeinden müßten durch ausgiebige Einrichtung der Kriegshilfen (Mahlzeiten) den Krassen die Möglichkeit geben, ihren Krassenmitgliedern auch sonst Nahrungsmittel zuzuführen. Die öffentlichen Krankenhäuser sollten auch an Kranke Krassenmitglieder auf Rechnung der Krassen besondere diätetische Nahrung abgeben können. Die soziale Fürsorge müsse gerüstet werden, so steht der Hauptverband hinzu, auch wenn keine Maßnahmen zu erzielen sind.

Diese Aufforderungen sind selbstverständlich nach Kräften zu unterstützen. Da wenigstens manche Krassenverwaltungen in dem Punkte etwas schwächer sind, so ist es zu empfehlen, daß auch die Krassenmitglieder selbst mit entsprechenden Anträgen an die Krassen herantreten. Auch hier trifft zu, daß nur vielseitiges Verlangen zum Ziele führt.

Einschränkung des Spargwanges.

Am 2. April ist eine Neuordnung des Spargwanges für das Gebiet des Oberkommandos in den Marken in Kraft getreten. Die abgesetzte Mindestgrenze ist mit Rücksicht auf die weiter gestiegenen Kosten des Lebensunterhaltes auf wöchentlich 30 M. erhöht worden. Nach vollendetem 18. Lebensjahre können die Jugendlichen von der Spargkasse eine einmalige schriftliche Auskunft über die Höhe ihres Guthabens fordern. Bezüglich der Abhebungen aus dem Spargguthaben der Jugendlichen ist für zum Weerdienst einberufene Jugendliche bestimmt worden, daß ihnen gegen Vorzeigung des Weerdienstbefehls ohne weiteres bis zu 50 M. von der Spargkasse ausbezahlt sind. Zu weiteren Auszahlungen nach der Einstellung in das Heer ist die schriftliche Zustimmung der Truppenleiter erforderlich und genügt.

Es handelt sich bei diesen Maßnahmen lediglich um eine gewisse Milderung der bisherigen Vorschriften. Damit ist jedoch der Verfügung des Kriegsministeriums vom 15. November 1916 noch keineswegs Genüge getan. Nach dieser Verfügung, auf die wir schon mehrmals im „Vorwärts“ hingewiesen haben — Nr. 28 und 41 —, soll der Spargwage nur auf solche Jugendliche angewendet werden, deren Lebenswandel eine zwangsweise Einwirkung notwendig macht. Wir hatten einer dementsprechenden Änderung des Erlasses.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Rendsburg; für Inserate: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Bernwardts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Ein Mahnruf!

Nicht nur für den Reichskanzler und die preussisch-deutschen Staatsmänner besteht die Gefahr, den geeigneten Moment zum Handeln zu verpassen. Auch in leitenden Kreisen der Arbeiterbewegung ist man schon manchmal aus Bedenken und Erwägungen heraus zu spät zum Handeln geschritten und nur unser berühmtes „Schweineglück“ hat bisher verhindert, daß daraus größerer Schaden entstanden ist.

Wir stehen auch jetzt vor der Frage, ob wir im Vertrauen auf das vielberufene „Schweineglück“ wieder einmal zu spät kommen sollen. Schon vor geraumer Zeit wurde aus Kreisen sozialistischer Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigter die Forderung nach einer Organisation der proletarischen Kriegsteilnehmer erhoben. Bei Gelegenheit der Reichskonferenz im November v. J. fand eine erste private Besprechung in kleinem Kreise statt. Inzwischen haben sich die leitenden Instanzen der Partei und Gewerkschaften mit der Frage befaßt, aber bisher ist es zu keinem Ergebnis, weder einer definitiven Zustimmung noch einer defektiven Verwerfung des Gedankens gekommen. Die jüngst abgeschlossene Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften hat sich auf den Standpunkt gestellt, erst deutlichere Beweise eines wirklichen Bedürfnisses nach einer solchen Organisation abwarten zu wollen.

Während bei uns also die Frage in dem berühmten Stadium der „Erhebungen und Erwägungen“ schwelgt, gehen von ganz anderer Seite positive Schritte. Dort beurteilt man offenbar die Bedürfnisfrage weit günstiger! In Essen soll in der kommenden Woche ein „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich“ aus der Taufe gehoben werden. Die Gründer des Unternehmens scheinen über einen nicht unerheblichen Rückhalt in behördlichen und politischen Kreisen zu verfügen und das ganze Programm der Gründung spricht dafür, daß es sich hier um einen groß angelegten Versuch handelt, eine Art offiziöse Interessensvertretung sämtlicher Kriegsbeschädigten ins Leben zu rufen.

Wir liegt ein privates Schreiben eines der Mitbegründer vor, aus dem hervorgeht, daß der neue Verband auf politisch und konfessionell neutralen Boden gestellt werden soll. Nach den bisherigen Angaben glaube ich nicht einmal, daß dabei jene Pseudo-Neutralität ins Auge gefaßt ist, die bestimmte politische Richtungen ausschließt. Ich nehme an, daß der neue Verband Sozialdemokraten nicht nach der bisherigen Art der Kriegervereine den Zutritt verweigern wird.

Erst größer ist die Gefahr dieser Gründung. Denn sie ist nicht das, was den sozialistischen und proletarischen Kriegsteilnehmern als eine wirkliche und wirksame Interessensvertretung vorschweben kann. Sie betont sehr stark das caritative Moment, während von einer wirklich starken Interessensvertretung und der Förderung einer politischen Gleichberechtigung der Kriegsteilnehmer namentlich auch in bezug auf das Wahlrecht keine Rede ist. Wird doch der Verband auch nur für Kriegsbeschädigte, nicht aber für alle Kriegsteilnehmer ins Leben gerufen.

Die Bedenken verstärken sich, wenn man auf den Gründungsort Essen sieht. Der neue Verband entsteht in einer Stadt, in der die Schwerindustrie die ausgesprochene Oberherrschaft hat. Er hat bisher auch nur in dem umliegenden Industriegebiet Wurzeln gefaßt. Und da kann es allerdings hart auffallen, wenn ein Flugblatt „Was wir wollen“ der Ortsgruppe Bochum, das mir vorliegt, als erstes Ziel aufführt: „Schaffung einer wirksamen Kriegsbeschädigtenfürsorge in direkter Verbindung mit den behördlichen Fürsorgeeinrichtungen und den Arbeitgeberverbänden usw.“ Die Arbeitgeberverbände werden ausdrücklich genannt, dagegen die Gewerkschaften mit keinem Wort erwähnt. Ebenso lautet der zweite Punkt: „Schaffung einer Stellenvermittlung auf der Grundlage gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen Kriegsbeschädigten bzw. deren Ausschuss, Arbeitgebern, sowie Behandlung der Lohnverhältnisse hierbei.“ Das kann man als direkten Versuch ansehen, die Gewerkschaften bei der Entlohnung der Kriegsbeschädigten von vornherein auszuschalten.

Kurz und gut: nicht nur diese Gründe, sondern auch noch andere, die in der Person der Gründer liegen, sprechen sehr stark dafür, daß hier eine Vereinigung entstehen soll, die sehr stark von zielbewußten Arbeitgebertreibern unterstützt und gefördert wird, und das natürlich nicht ohne Grund.

Selbstverständlich wird man das nach außen hin in jeder Weise in Abrede stellen und zu verbergen suchen. Und ich begreife nicht, daß man hiermit auch Erfolg haben wird. Auch Anhänger unserer Bewegung wird die zugesicherte politische und religiöse Neutralität leicht als ausreichende Garantie für einen Beitritt zu dem neuen Verband erscheinen. Wir sehen also vor der unmittelbaren Gefahr, daß ein nicht unerheblicher Teil unserer kriegsbeschädigten Anhänger unter dem Deckmantel einer Interessensvertretung in gegnerische Lager hinweggelockt wird.

Wie sollen wir dem begegnen? Die Gegner einer besonderen Organisation der proletarischen Kriegsteilnehmer haben als Hauptargument bisher betont, daß die Gewerkschaften ja die Interessen der Kriegsteilnehmer mit vertreten. So gern und sehr ich dieses anerkenne, liegt doch hier der klare Beweis, daß wir mit dem bloßen Verweis auf die Gewerkschaften unsehbar ins Hintertreffen geraten. Eine Spezialorganisation hat nun einmal für die Spezialinteressierten die größere Anziehungskraft. Die Gewerkschaften haben aber außer der Vertretung der Interessen der Kriegsteilnehmer und der Kriegsbeschädigten noch hundert andere Aufgaben. Solange es auf unserer Seite keine Organisation gibt, welche proletarische Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte direkt als „ihre Organisation“ ansehen können, wird der Essener Verband eine starke Gefahr für die Arbeiterbewegung bedeuten.

Das wollte ich an dieser Stelle den verantwortlichen Stellen der Partei und den Gewerkschaften recht stark ins Bewußtsein rufen, damit sie das Bedürfnis einer proletarischen Kriegsteilnehmerorganisation nicht erst dann als genügend anerkennen, wenn ganz andere Kreise seine Existenz erwiesen — und bereits auch für ihre Zwecke nutzbar gemacht haben.

Erich Kutner.

Groß-Berlin

Sacharin-Ersatz?

Nach längerem Hin und Her hatte man erkannt, daß der rationierte Zucker nicht reicht und nach weiteren Erwägungen ward auch den Nicht-Zuckerkranken das Sacharin bewilligt, das man im Frieden gern als gesundheitsgefährlich bezeichnet hatte, wenn es als Gegengift gegen Zuckerverbrauch verlangt worden war. Bald kamen auch die Süßstoffarten, und mit dem milderüchenden, aber dafür halbsüßigenden Tablettenersatz des Kristallsacharins tauchten in den Cafés die anmutigen Räumchen und Glasfenster mit der faden Lösung auf. Jetzt ist auch das Sacharin knapp geworden, und man weiß oft nicht, womit man das bittere Los versüßen soll, das man auf Grund der Kaffeeersatzkarte gezogen hat — den Auszug zwar nicht, „aller tödlich seinen Kräften“ wie in Doktor Fausts Osterphiole, aber den Extrakt „bitterer Kräuter“, wie sie auf

dem Ostertisch des frommen Juden erschienen, und den Absud aus gebrannten Futterrüben.

In dieser Not macht uns ein Zeitgenosse auf die hochgradige Süßigkeit mancher jetzt verpönten Kartoffeln aufmerksam. Er meint, da sei sie fehl am Ort, und er empfiehlt dem zuständigen Kriegsamt, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob aus erzkorenen Kartoffeln nicht Saccharinersatz gewonnen werden könnte. Wir geben den Vorschlag — allgemeinen Besten weiter.



Alles wankt - - -

Auf allen Fronten haben wir dem Gegner ungeheure Gebiete entzissen!

Unsere U-Boote haben dem feindlichen Handel den Todesstoß versetzt!

Die Urheber des Kriegs, Grey und Asquith, Delcassé und Briand sind von ihren eigenen Völkern aus Amt und Würden gejagt!

In Rußland: Revolution!

Der Zar: abgesetzt!

Eins steht fest:

Die solide Grundlage des deutschen Staatsgebildes und die unverfälschte wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes. Darauf beruht auch die unantastbare Sicherheit der deutschen Kriegsanleihen!

Hilf den Krieg gewinnen! Gib Dein Geld dem sichersten Schuldner der Welt, dem Vaterlande!



Landaufenthalt für Stadtkinder.

Auf Ersuchen geben wir folgender Zuschrift Raum: Die Stadt Berlin-Schöneberg wird demnächst eine große Zahl von Schulkindern zu einem ungefähr fünfmonatigen Aufenthalt aufs Land schicken. Es werden Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren zugelassen und zwar die sogenannten gesunden. Für die kranken und schwächlichen Kinder sollen die Ferienkolonien, Erholungsstätten, Kinderheim am der See usw. in erhöhtem Maße zur Verfügung stehen. Kranke und schwächliche Kinder bedürfen einer eingehenderen ärztlichen Behandlung und Kontrolle als ihnen besonders gegenwärtig auf dem Lande geboten werden kann. Solche und auch jüngere Kinder würden den Pflanzern auf dem Lande, die jetzt reichlich zu tun haben, ungebührlich zur Last fallen; denn die Kinder sollen in Familienpflege, etwa 1 bis 3 in jeder Familie, kommen, wo sie, wie wir bestimmt annehmen, auch mütterliche Fürsorge genießen.

Neu ist ferner, daß die Kinder möglichst Massenweise hinausgeschickt werden unter Begleitung hiesiger Lehrpersonen, wenn irgend angängig des Klassenlehrers bzw. der Lehrerin. Die Kinder sollen einen Unterricht von täglich 2 Stunden genießen. Der Unterricht wird sich auf die wichtigsten Fächer beschränken. Man darf hoffen, daß der eingeschränkte Unterricht durch den Verkehr mit der Natur, durch Beobachtungen auf Feld und Wiese ausgeglichen wird. Jedenfalls soll die Verpflegung zu Oktober sich ermöglichen lassen. Die Lehrpersonen sollen die Kontrolle über die Kinder ausüben, die Verbindung zwischen Kind und Eltern aufrechterhalten und eine Aufsicht über die Pflanzstellen üben. Zur Unterstützung stehen ihnen Ortsbewohner als Vertrauenspersonen zur Verfügung. Mitglieder der Deputation der Wohlfahrtspflege werden sich durch Kontrollbesuche davon überzeugen, daß alles in Ordnung ist. Besuche der Angehörigen aber sind nur in dringenden Fällen zulässig.

Die Stadt hat für den Landaufenthalt 300 000 M. zur Verfügung gestellt. Die Beförderungs-, Unterrichts- usw. Kosten trägt in allen Fällen die Stadt. Den Verpflegungssatz, 50 Pf. pro Tag, sollen, soweit möglich, die Eltern selbst zahlen. Erholungsbedürftige Kinder sollen aber wegen der Unmöglichkeit zu zahlen, nicht zurückbleiben. Die Kriegsunterstützungscommission wird bei besonders bedürftigen Kriegsfamilien eine Sonderunterstützung in Gestalt von Kleidungsstücken im Werte bis zu 30 M. gewähren, die auf die laufende Unterhaltung nicht angerechnet wird.

Sowohl aus gesundheitlichen, wie erzieherischen und volkswirtschaftlichen Gründen sollen die Kinder mit leichten, ihren Kräften entsprechenden landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt werden. Es wird sich selbstverständlich um leichte Arbeiten und um wenige Stunden

am Tage handeln. Daß in dieser Beziehung kein Mißbrauch getrieben wird, was von vornherein nach Prüfungnahme des Magistrats mit den Vertretern der Landwirte als ausgeschlossen gelten kann, dafür werden die Lehr- und Vertrauenspersonen sorgen. Der Magistrat ist in dieser Beziehung ohne Sorge. Die Arbeiten sollen eine kleine Ergänzung zu den überaus niedrigen Verpflegungssätzen bilden. Die Verpflegung soll ausreichend und kräftig sein. Der Magistrat zweifelt nicht, daß den Kindern beispielsweise der langentbehrt Milchgenuß wieder zuteil wird. In dieser Beziehung sind bestimmte Zusicherungen gemacht worden, und es wird wiederum Sorge der Kontrollpersonen sein, daß die Zusicherungen imgehalten werden.

Der Magistrat ist bereit, 5000 bis 6000 Kinder herauszuschicken. Eine annähernd große Zahl hat sich bereits gemeldet. Wir hoffen aber durch den Hinweis im „Vorwärts“, daß sich noch eine Anzahl von Eltern zur nachträglichen Meldung bereitfinden. Es müßte dies aber baldigst geschehen, da die Listen abgeschlossen werden müssen. Ob spätere Anmeldungen noch berücksichtigt werden, ist zweifelhaft. Einverständniserklärungen der Eltern sind bei der Schule anzubringen.

Es macht sich leider jetzt schon eine Unterernährung bei den Großstadtkindern bemerkbar. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß es eher schlechter als besser wird. Eine gründliche Erholung der Kinder ist daher dringend zu wünschen. Es liegt an den Eltern, die gebotene Gelegenheit wahrzunehmen.

Um 3,62 Mark!

Die bereits in der ersten Zeit des Krieges vom Minister des Innern ergangene Mahnung, auch die Verwaltungsstellen in Anbetracht der Kriegsverhältnisse möglichst einzuschränken, hat, wie es scheint, noch keine genügende Beachtung gefunden. In folgendem Fall ist es sogar eine königliche Behörde, die wegen einer lächerlich geringen Summe den Apparat eines ganzen Verwaltungsgerichtsbezirks in Bewegung gesetzt hat. Die königliche Tiergartenverwaltung in Berlin war als Besitzerin der Tiergartenbaumschule im Grunewald vom Gutsvorsteher des Gutsbezirks Grunewald-Forst für 1916 zu den Volksschulkosten mit 3,62 M. herangezogen worden. Wegen dieser Veranlagung erhob sie nach fruchtlosem Einspruch Klage mit dem Antrage auf Freilassung. Der Teltower Kreisaußschuß hat der Klage stattgegeben und die Veranlagung der königl. Tiergartenverwaltung zu den Volksschulkosten in Grunewald-Forst für rechtsunwirksam erklärt. Die Freistellung müßte erfolgen, weil die königl. Tiergartenverwaltung nicht zur Vertretung des preussischen Staatsfiskus berechtigt war. Das war in diesem Falle — wie der Teltower Kreisaußschuß in der Entscheidungsrunden ausführte — lediglich der Präsident der Ministerial-, Militär- und Paulkommission in Berlin. Die Tiergartenverwaltung als solche konnte daher rechtsgültig nicht veranlagt werden. — Und das alles um 3,62 M.!

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Mit Mühe, daß frische Lebertwurst an warmen Tagen, namentlich bei Gewitterneigung, sehr leicht ungenießbar wird, gelangt in Berlin von nun an nur noch frische Lebertwurst zur Ausgabe. Der Preis von 1,40 M. für ein Pfund bleibt unverändert. Es werden indes nur verhältnismäßig kleine Mengen Frischwurst zum Verkauf gestellt, weil ein großer Teil dieser Wurst als Sonderzulage für die Berliner Schwer- und Schwerarbeiter Verwendung findet.

Die Konfervierung von Fischen und Muscheln.

Das Kriegsernährungsamt schreibt: Kürzlich wurde Klage darüber geführt, daß Fische und Seemuscheln, die sich den Winter über halten konnten, in unnötiger Weise der Konfervierung unterworfen würden, und zwar nur deshalb, damit gewisse Industrien Gewinne herausziehen könnten. Diese gegen die Konfervierungsindustrie erhobenen Vorwürfe sind zum Teil begründet. Es sind aber Vorkehrungen getroffen worden, um die Wiederholung derartiger Vorkommnisse ein für allemal unmöglich zu machen. Für die Konfervierung von Fischen sind Vorschriften in Kraft getreten, die nur noch eine beschränkte Verarbeitungsweise (Gallerie, Essig, Salz) zulassen. Gegen die überhandnehmende Konfervierung von Muscheln wird mit aller Energie vorgegangen. Die Muscheln dürfen künftig nur noch frisch verkauft werden. Dagegen wird das holländische Halbprodukt, sogenanntes Muschelfleisch, nach Berechtigung in Hannover weitergeführt. Die verschiedenen jetzt noch im Handel befindlichen Muschelfleischen, deren Verkauf noch einige Wochen dauern dürfte, stammen aus der Zeit vor der Rationierung.

Wie wir weiter erfahren, ist die Abteilung für Fische (Kriegs-ernährungsamt), an deren Spitze Herr v. Plüggel steht, inlands, täglich eine große Anzahl Waggons frischer Seemuscheln nach hier zu liefern, während Berlin heute nur einen, höchstens zwei Waggons abnimmt. Berlin kann dieses ebenso nahr- wie schmackhafte und leicht zubereitende Nahrungsmittel zu einem so niedrigen Fernerpreise erhalten, daß die Muscheln im Kleinverkauf auf höchstens 15 bis 18 Pf. zu stehen kommen. Hier wäre für mancherlei kleine Geschäfte (Döbhandlungen und dergleichen), die gegenwärtig wegen Fehlens von Waren nichts feilzubieten haben, eine Verdienstmöglichkeit gegeben. Aber auch die Groß-Berliner Massenpeisung könnte auf diese Weise ihr Menü um ein beliebtes Gericht bereichern. Ueberhaupt könnten die Gemeinden sich den Vertrieb der Seemuscheln angelegen sein lassen.

Einen bösen Kleinfall erlebten am Sonntag Tausende von Groß-Berlinern, die ungenügend des veröffentlichten Verbots des Oberkommandos auf gut Glück Hamsterfahrten in die Umgebung von Berlin unternommen haben. Wie an früheren Sonntagen waren die Jäger überfüllt mit Jagdhunden aus allen Schichten der Bevölkerung, von denen die meisten die Abreise der 4. Klasse benutzten. Auf mehreren Bahnhöfen war der Andrang so unerwartet groß, daß Wagen angehängt werden mußten und die Jäger Verpfändungen erlitten. Die Behörden hatten von diesen Dingen Nachricht erhalten und beorderten nun Polizeibeamte, Gendarmen und Soldaten zur Überwachung. Vor den Bahnhöfen fand dann nachmittags und abends die Kontrolle statt. So mancher mußte seine fester und teurer erstandene Beute in den Händen der Jäger lassen, seinen Namen und seine Adresse angeben.

Arbeitsnachweis der Stadt Berlin. Die Einrichtungen des Zentralvereins für Arbeitsnachweis sind von dem Vorsitzenden des Vereins, Landesrat Dr. Freund, an den Vertreter des Magistrats, Stadtrat Fischel, übergeben worden und werden von nun an durch die städtische Verwaltung unter dem Namen „Arbeitsnachweis der Stadt Berlin“ weitergeführt.

Für den Osterverkehr der Post hat die Oberpostdirektion Berlin folgende Anordnungen erlassen: Je eine Paketbestellung findet am Karfreitag und Ostermontag vormittags statt. Eine Geldbestellung wird am Ostermontag ebenfalls vormittags ausgeführt.

Eisenbahnübergänge an den Feiertagen. Um einen regelrechten Wagenumlauf auch während der Feiertage zu sichern und Störungen im Umlauf unter allen Umständen zu vermeiden, weist die Kriegsamtsstelle in den Marken darauf hin, daß auch der Karfreitag und die kommenden Osterfeiertage zur Besetzung von Eisenbahnwagen bei Tag- und Nachtzeit ausgenutzt werden. Soweit militärische Hilfe in Betracht kommt, wird diese in gleicher Weise wie an den Wochentagen gestellt werden.

„Der Wahre Jakob“ gelangt heute Dienstag zur Ausgabe.

Die für die Stadtbezirke 284-290 zuständige Steuerklasse XIII ist von der Gemeindegemeinschaft nach Mi-Roabit 107 verlegt worden. Gleichzeitig wird die Kriegsunterstützungsteilung dieser Klasse aus ihren bisherigen Geschäftsräumen in den Häusern Flemingstr. 2 und 19 nach der Stromstr. 67 verlegt.

Brandstiftung. Die Feuerwehre wurde in der Nacht zum Montag nach der Oranienstraße 51 alarmiert, wo in den Räumen der Heilsarmee Feuer ausgebrochen war. Es brannten an zwei Stellen, die räumlich von einander getrennt liegen. Vorhänge, ein Korb mit Stroh und der Fußboden. Die Feuerwehr benachrichtigte von dem Verhau der Polizei, die Ermittlungen über die Ursachen der beiden Brandherde anstellte. Die Flammen konnten auf ihren Herd beschränkt werden.

Lebensmittelverteilung in Steglitz. Neben der üblichen Ration Brot, Fleisch und Fett gibt es in dieser Woche wieder 3 Pfund Kartoffeln. Außerdem werden verteilt: Eier, Graupen, Speisefleisch, Kriegsmus, Delikatessbrühe. Weiter kommt von Dienstag bis Donnerstag auf Grund der Kundentisten für Griech, Graupen und Teigwaren Kunstbrot in Gläsern zum Verkauf gegen Abchnitt 6 der Lebensmittelkarte. Auf mindestens drei Lebensmittelkarten entfällt ein Pfund zum Preise von 65 Pf. — Wer kunstbrotlich nicht erlangen kann, wird durch Sirup und Kriegsmus bei der demnächstigen Verteilung schadlos gehalten.

Lebensmittelnachrichten aus Weissenhof. In der laufenden Woche sollen 3 Pfund Kartoffeln und 6 Pfund Kohlräben zur Verteilung gelangen. — Auf jede aufgenommene Karte wird ein Ei zum Preise von 25 Pf. verabsolgt. Auf die Abchnitte 49a und 49b wird je 1/2 Pfund, zusammen 1 1/2 Pfund Sauerkraut, das Pfund zu 20 Pf., abgegeben. Auf jedes Kopfschild der Brotkarte der 110. Woche wird 1 Pfund Kriegsmus zum Preise von 55 Pf. abgegeben.

Neuregelung der Kohlenverjorgung in Niederschönhausen. Um die bestmögliche Schmierleistung bei Beschaffung von Kohlen zu gewährleisten und eine planmäßige Verteilung zu erreichen, gelten mit Zustimmung der Kohlenhändler vom Montag, den 2. April ab folgende Grundzüge: Kohlen erhalten nur diejenigen privaten Haushaltungen, die dem Kohlenhändler eine Bescheinigung ihres Hauswirts vorlegen, daß sie ohne Kohlen sind. An einem Tage dürfen an einen privaten Haushalt nicht mehr als 100 Kilo Preßkohlen, in einer Woche höchstens 200 Kilo abgehoben werden. In erster Linie müssen die minderbemittelten Haushaltungen berücksichtigt werden. Kohlen dürfen nicht mehr auf den Bahnhöfen von den Waggons, auch nicht vom Fuhrwerk, sondern nur ab Kohlenplatz verkauft werden. Mit dem Verkauf darf erst am Tage nach der Abfuhr vom Bahnhof begonnen werden. Den Kohlenhändlern ist es gestattet, Vorkaufungen von Kohlen anzunehmen und die Kohlen frei ins Haus zu liefern. Sollte sich herausstellen, daß die Anordnungen nicht den gewünschten Erfolg haben, soll zu schärferen Maßnahmen gegriffen werden.

Kartoffeln gibt es 3 Pfund, **Kohlräben** 4 Pfund in dieser Woche. **Butter** 80 Gramm. **Margarine** gelangt nicht zur Ausgabe.

Lebensmittel in Reinickendorf. Es gelangen in dieser Woche zur Ausgabe: **Butter** 80 Gramm (48 Pf.), **Kartoffeln** 3 Pfund (auf Kartoffelmarken, Abchnitt 49a, b, c). **Wer** bis zum 4. April keine Kartoffeln erhalten hat, kann vom 5. April ab auf diese Abchnitte je 100 Gramm Gebäck einnehmen. **Eier** 1 Stück (28 Pf.) bei den Händlern, bei dem die Verkäufer in die Mutterkuchenliste eingetragen sind. Ferner kommen zur Verteilung auf Abchnitt 42 der Lebensmittelkarte 125 Gramm Salz, oder Delikatessbrühe (25 resp. 50 Pf.), und auf Abchnitt 43 100 Gramm Kriegsmus (12 Pf.). Diese Abchnitte müssen bis zum 4. April bei den Lebensmittelhändlern am Orte abgegeben werden.

Lebensmittelverteilung in Birk. In dieser Woche gelangen in der Verkaufsstelle zum Verkauf auf Abchnitt 88 Graupen (1/2 Pfund je Portion), Abchnitt 87 Bouillontüpfel (je Portion 3 Stück), Abchnitt 88 Weiz 200 Gramm je Portion (nur bei Kleinhändlern), Abchnitt 89 Kriegsmus (1/2 Pfund je Portion), Abchnitt 40 verschiedene Waren (Erdbeere in Mispel, Nüschke, Klippische, Muschelfleisch in Dosen). Zwiebäcke werden nur an Kranke und auf Sonderverteilung abgegeben. Außerdem werden ohne Aufweise verkauft Streichhölzer, Waschmittel, Salz und Zwiebeln. Die Reihenfolge der Ausgabe geschieht genau an denselben Tagen wie durch Verteilungsplan der letzten Wochen bekanntgemacht. Ausnahmen werden nicht zugelassen.

Reichshäuser in Marienfelde. Die Gemeindevertretung hat im Zusammenhang mit der Auffschließung des Geländes der Gartenheim-

genossenschaft Marienfelde beschloffen, den Bauungsplan für dieses Gelände in Gemeinschaft mit dem Bauungsplan für das Gelände der Villenkolonie nördlich des Königsgrabens bis zur Grenze der Dresdener Bahn nach dem Entwurf des Professors Bruno Höhring neu festzusetzen und für das Gelände den Reihenhäuserbau zuzulassen.

Kriegsjürge in Friedrichshagen. Die Kriegsfamilienfürge gibt bekannt, daß der Juederband in seiner umliegenden Forst an die minderbemittelte Bevölkerung unseres Ortes Erlaubnischeine zum Einammeln von Raff- und Lechholz ausgibt. Jeder Schein kostet 1 M. und hat bis Ende dieses Jahres Gültigkeit. Anmeldungen werden heute, Mittwoch und Donnerstag, vormittags von 11 bis 1 Uhr im Rathaus, 2 Treppen, entgegengenommen. — In der Woche vom 2. bis 8. April kommen für diejenigen, die nicht mit Winterkartoffeln eingedeckt sind, pro Kopf 3 Pfund Kartoffeln und 2 Pfund Kohlräben zur Verteilung. Die Entnahme hat nur dort zu erfolgen, wo die Eintragung in die Kundentiste geschehen ist.

Gerichtszeitung.

Die Milchpansereien scheinen unausschöpflich zu sein. Leider geht die zweite Jahrgang bisweilen unter die vom Schöffengericht verhängten Strafen hinunter. Am Sonnabend standen gleich vier Milchverfälscher hintereinander vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III. Der Milchhändler August Klatt aus der Ringgassestraße war vom Schöffengericht zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er der von ihm festgehaltenen Milch 15 Proz. Wasser zugesetzt hatte. Seine Berufung wurde verworfen. — Mehr Glück hatte der Milchhändler August Genschow aus Charlottenburg, in dessen Milch 40 Proz. Wasser festgestellt worden war. Der Angeklagte war vom Schöffengericht zu 1 Monat Gefängnis und 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. In der Berufungsinstanz ergab die Beweisaufnahme, daß der Angeklagte die Verfälschung wohl nicht selbst vorgenommen, sondern bereits verfälschte Milch verkauft habe. Die Strafe wurde deshalb auf 500 M. Geldstrafe ermäßigt. — Bei den Molkereibesitzer Gensmannschen Eheleuten aus Pantow lag die Sache so, daß nach den entnommenen Proben die Milch aus dem Kuhstall selbst tadellos war, während die Milch, die von der Ehefrau im Laden verkauft wurde, 15-20 Prozent Wasser enthielt. Das Schöffengericht hatte auf je 1000 M. Geldstrafe erkannt. Die Strafkammer hielt den Ehemann nur des fahrlässigen Vergehens schuldig und verurteilte ihn zu 100 M., die Ehefrau dagegen wegen wissentlichen Vergehens zu 500 M. Geldstrafe.

Wegen Kriegswunders mit Kohlräben hatte sich der Marktpächter August Ratz aus Nichtenberg vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Er hatte Kohlräben, für die als Höchstpreis 2,75 M. galt, zu Preisen bis zu 6 M. in größeren Quantitäten verkauft. In seiner Entlassung gab er an, daß er die fraglichen Kohlräben selbst mit 4,75 M. vom Nichtenberger Magistrat erworben habe und sie nicht unter die Höchstpreise stellen, weil es „ausgefuchte“ Ware gewesen sei, nachdem er die schlechten Rüben usw. bei Seite gelassen hätte. Das Gericht ließ diesen Einwand natürlich nicht gelten und erkannte in Anbetracht des großen Umsatzes auf 3000 M. Geldstrafe.

Die **Ratten im Sirupsaß.** Eine ekelhafte Schmutzerei, bei der es sich um durch Ratten verunreinigten Sirup handelte, lag der Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu Grunde, die vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Werkmeister Emil Kunze verhandelt wurde. Kunze ist in einer Konditorei beschäftigt, in deren Arbeitsräumen sich feinerzeit ein angebrochenes Sirupfaß befand. Die süße Masse hatte drei Ratten angelockt, die, um zu naschen, auf das Faß kletterten. Die Strafe ihrer Raschhaftigkeit folgte auf dem Fuße. Nach einander plumpften alle drei hinein, die zähe Flüssigkeit ließ sie nicht wieder los, und so trennte sie sich nicht schwimmend retten, sondern ertranken in dem Sirup, der sie gewissermaßen lauberte. Als man dem Angeklagten von der unerwünschten Beigabe Mitteilung machte, ließ er den Rattensirup nicht beiseite stellen, sondern gab die Anordnung, ihn ruhig zu verarbeiten, so daß er in allerhand schöne schmuckhafte Sachen gelangte. Es erfolgte daraufhin eine Anzeige gegen ihn. Da das Schöffengericht außerordentlich milde ihn nur zu 50 Mark Geldstrafe verurteilte, hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt, was bewirkte, daß die Strafe auf eine Woche Gefängnis erhöht wurde.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Gemäß mild, veränderlich, vorwiegend mollig; östlich der Ober meist geringe, im Westen etwas härtere Niederschläge.

Aus aller Welt.

Doppelmord. In Landsberg a. W. wurden die beiden russischen Schmittler Wladimir Kretz und Anton Ruska hingerichtet. Sie hatten am 25. Mai d. J. ihren Arbeitsgenossen, den Schmittler J. Doka in Sakow beraubt und ermordet.

Die besohlene Zeitung. Zur Zeit der napoleonischen Kriege besah sich die besohlene Verlagsbuchhandlung J. A. Brodhous noch in Altona; ihr Besitzer gab dort, kurz vor der Schlacht bei Leipzig, die „Deutschen Blätter“ heraus, die bis zur Zeit der berühmten Karlsbader Beschlüsse bestanden. Die Konzession nun, die der österreichische General Stadion dessen Hauptquartier sich damals in Altona befand, dem Verlage erteilte, lautete: „Dem J. A. Brodhous wird hiermit befohlen, ein Blatt herauszugeben. Stadion.“ Die gute alte Zeit! Heutzutage wird einem Verleger höchstens noch befohlen, die Herausgabe seiner Zeitung einzustellen.

Biblische Geschichte. „Womit mag doch Noah in der Arche beschäftigt haben?“ fragt der Sonntagschullehrer.

Ein Junge hebt die Hand. „Er wird gefischt haben.“

„Recht, mein Sohn.“ lobt der Lehrer.

„Kloß gefangen hat er nichts.“ meint der kleine Stiefbruder.

„Nicht?“ fragt der Lehrer verwundert. „Warum denn nicht?“

„Hatte man ja Kloß zwei Würmer im Kasten, und die sollte er für später aufheben.“ ...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends 7, 1. Hofstra. 100, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Sachverhalt und eine Fall als Merkmal beizufügen. Briefliche Anfragen werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementskarte beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen kann man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Geschenke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. 2. 1. Es handelt sich in Ihrem Fall um Weiterversicherung und nicht um Selbstversicherung; die von Ihnen bezahlten selbst bezahlten Kosten sind deshalb gültig. Der Tag der Entlohnung bleibt sich gleich. 2. Die Geschwister haben keinen Anspruch auf das Vorkaufsrecht. Das Testament kann nicht angefochten werden. — **N. 2. 7.** Nein. — **N. 3. 100.** 1. Betrügen Sie sich bei der Krankenkasse. Verpflichtet sind die Leistungen kann die Kasse nicht werden, da die Verpflichtung durch das Krankentafelgesetz aufgehoben ist. 2. Eine Erklärung, wonach Versicherung der Kasse erfolgt ist, muß beiliegend werden von einer Krankenkasse, die ein öffentliches Siegel führt. Sie brauchen nicht Mitglied eines Vereins zu sein. — **Poststreitende C. 27.** Die Krankenkassen gehören zwar zu den „Kriegswichtigen Betrieben“, die Antragsstellen sind jedoch von der Wehrpflicht zum Militärdienst nicht befreit. Nach einer Erklärung, ob die Zahl der in den Bureau beschäftigten Angestellten erforderlich ist, kann dann die Freistellung erfolgen. — **N. 7. 18.** Während der Kriegszeit nicht.

N. 2. 20. Nein, das Ehepaar gelangt erst nach Kriegsende zur Auszahlung. — **G. R. 100.** 1. Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt. — **N. 2. 1.** Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt.

N. 2. 1. Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt. — **N. 2. 1.** Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt.

N. 2. 1. Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt. — **N. 2. 1.** Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt.

N. 2. 1. Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt. — **N. 2. 1.** Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt.

N. 2. 1. Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt. — **N. 2. 1.** Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt.

N. 2. 1. Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt. — **N. 2. 1.** Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt.

N. 2. 1. Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt. — **N. 2. 1.** Die Ehefrau ist nicht zur Zahlung verpflichtet, wenn sie keine Vermögensgegenstände besitzt.

Direktion Max Reinhardt Deutsches Theater.
7 Uhr: Faust I.
Mittwoch 7 1/2 Uhr: Tobias Buntschuh.
Kammerspiele.
7 Uhr: Fasching.
Mittwoch: Fasching.
Volkshäuser, Theat. a. Sülzowplatz.
(Untergrundbahn Schönhaus. Tor.)
7 1/2 Uhr: Das Konzert.
Mittwoch: Das Konzert.

Lessing-Theater.
7 1/2 Uhr: Liebe.
Mittwoch: Die Sorina.
Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Der Kammersänger.
Komtesse Mizzi. Erster Klasse.

Circus Busch
Tägl. 7 1/2 Sbd. u. Stg. 3/4 u. 7 1/2
Die neuen April-Nummern
Georg, der fallende Mensch
Leo Rauch, der Mann in der brennenden Kugel
? Koko, Mensch oder Affe ?
Zum Schluß d. Abend-Vorstell.:
Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt.

Zirkus A. Schumann
Einlaß 7 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr
Heute und täglich:
Das neue Programm!
u. a. Gebr. Wittas, hervorrag. Equilib. Akrobat. Produkt.
Großmusik.
Phantast. Akt! 4 Personen.
D. geheimnisvolle Verschwind. aus der mysteriösen Kiste!
Der große equetr. Teil und
Die Seeräuber
Gr. Prunk-Pantomime in 4 Akten.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Großes Konzert**
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Frz. v. Blon. Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 20 Pf.
An allen Wochentagen: Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Theater für Dienstag, den 3. April.
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: Die Jüdin.
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderhaus.
Gebr. Herrenfeld-Theater.
7 1/2 Uhr: Der Stolz der Familie.
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Hans im Schnakenloch.
Komische Oper
7,20 Uhr: Die Dose Sr. Majestät.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die schöne Kubanerin.
Metropol-Theater
7 Uhr: Die Csardasfürstin.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Zum 200. Male: Das Glücksmädel.

URANIA
Tanzenstraße 48/49.
4 Uhr:
Der Balkanzug und die befreite Donau.
8 Uhr: Dr. Pohls:
Moskau und Petersburg.

WINTERGARTEN
Der neue große Varieté-Spielplan
Alst. Gast
Frieda Langendorff
former
Paul Beckers
Lena Amsel, Miese Hausmann,
Brüder Kuehl, Lisl Fluher
14 neue Nummern.

Spolito
FRIEDRICHSTR. AN DER KOCHSTR.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Das vielseitige Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
"Cabaret Feldgrau"
Anfang 7 1/2 Uhr.
An beiden Osterfeiertagen
Nachm 3 Uhr:
Vorstellung zu ermäßigten Preisen:
Neues Programm!

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
i. Geschlechtskrankh., Haut-, Hals-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Bakterien, Ehrlich-Rata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos oh. Berufstör. i. Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. 7. Blumens., Fäden im Harn usw. gegenüber
Friedrichstr. 81, Penoptikum
Königstr. 34-36, Ecke Neue Friedrichstr.
Apr. 10-1 u. 5-8, Sonn. 10-1.
Honorar mäßig, auch Tellzahl.
— Separat Damenzimmer.

Casino-Theater
Lehringer Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.
Wenn's Mailüfterl weht.
Donnerstag u. Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Einor vom U-Boot.
An allen Festtagen 2 Vorstellungen.
7 1/2 Uhr: Wenn's Mailüfterl weht.
Nachm. 4 Uhr: Sein Puppchen.

NATIONAL-THEATER.
Täglich 7 1/2, sowie 1. u. 2. Feiertag:
Studentenlieben.
Operette i. 3 Akten. Auf. v. S. Dromme.
Sonntag 7 1/2, Donnerstag 7 1/2, Sonnabend 7 1/2, 1. u. 2. Feiertag 7 1/2;
Jugend, Liebesdrama in 3 Akten.
Vorverf. a. d. Feiert. 10-12 u. 6 u. abds.

Zelluloid-, Film- und Guttummi-Abfälle
kauft Ordover, Georgenfeldstr. 50, beim Alexanderplatz, 9-12, 3-6 Uhr.

Reuters Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Admirals-Palast.
Die Novität
Abakadabra
großes phantastisches Ballett auf dem Eis.
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

Palast
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die neue Revue
in 6 Bildern:
Berlin im Krieg

Wasserdichte Mäntel
Kostüme — Küche Wintermäntel
neue Formen, beste Stoffe, gibt an Originale Damenmantelfabrik
Blasch, Kranienstr. 30, Hof (Dönhofsplatz) 18124
In Einzelstücken auch entgegenkommende Zahlungsweise.

Frühjahrs-Kostüme
Modelle in Wolle u. Seide, neu! Form 35, 38, 106, 50
Fesche Baeklischkostüme 68, 75
Seidene u. molle Mäntelkleider u. Mäntel aus erst. Robeststoffen.
Seid. Regenmäntel, Nierenmäntel, Tadellos sitzende Kostüme
23,50, 25,50, 35, — usw.
Entz. Seidenkleider, Blusen in apart. Modart. 18,50, 23, 28,50 u.
Nur Gelegenheitskufe!
MICHAELIS
Mauerstraße 80, I.
neb. Kongertstr. Sonntags 12-2.

In einer Torpedowerkstatt.

Von Adolf Busch.

Das Wort „Torpedo“ ist heute in aller Munde. Aber wohl nur wenige machen sich einen Begriff von dieser furchtbaren Waffe...

Wir wollen nun einmal einen Rundgang durch eine Werkstatt machen, in der diese so unschuldig aussehenden und doch so furchtbaren Waffen und die Langierrohre zu ihrem Abschuß hergestellt werden...

Beginnen wir ein solches Torpedo-Langierrohr auf seinem Herdengang. Wie alle Wunderwerke aus Stahl und Eisen, ist auch seine Geburtsstätte das stille Bureau des Ingenieurs...

Mit dem Stück „abgegossen“ und endlich erkaltet, wird die Form zerlegt, es kommt in die Fabrik, um mit Meißel und Häute von Grat und Uneinheitlichkeit befreit zu werden...

Eine besondere Gruppe bilden die Präsmaschinen. Das Hauptstück dieser Maschine, deren Wirkungsreis immer größer wird...

Präfer, unter dem das Arbeitsstück hin und her geführt wird. Auf den Galerien, die sich an den Wänden der Halle entlangziehen...

Mit größter Leichtigkeit geht der Transport auch der schwersten Stücke vor sich. Unablässig bewegt sich hoch über uns der Laufstrahl...

Alle so hergestellten Teile kommen nun in die Schlosserei und Montage. Zahlreiche Arbeiter stellen hier die einzelnen Apparate, Ventile usw. zusammen...

Schon bei unserem Rundgang durch die Halle ist uns auf der einen Seite die große Zahl blickender Rohre aufgefallen, an denen emsig gearbeitet wird...

Mit welcher Sorgfalt wird schon sein Körper behandelt. Sein Körper besteht aus bestem Stahl. Luftkessel, Rumpf und Kopf werden auf eigens dazu gebauten Drehbänken aus sorgfältigste geholt, gedreht und poliert...

bringender Arbeit fertig. Jetzt geht er hinaus aufs Meer, der Schrecken unserer Feinde, aber auch des friedlichen Seemanns...

Ein englischer Soldat gegen die englischen Kriegslügen.

In einem kürzlich in London erschienenen Buche „Mittenerd Mob. Die Abenteuer eines Amerikaners im britischen Heer.“ schildert der Amerikaner James Norman Hall...

Die Hygiene im Film.

Neben der Hygiene im Film schreibt Dr. Kemkes in den „Blättern für Volksgesundheitspflege“, daß die wissenschaftlichen Tatsachen und praktischen Forderungen der neuzeitlichen Hygiene...

Notizen.

Vom neuen Kometen. Der vor kurzem von Mellish entdeckte neue Komet, der erste dieses Jahres, der somit die vorläufige Bezeichnung 1917a führt...

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabriela Salvola.

Juzia glättete ihr Haar mit zitternder Hand. „Ich bin nicht Ihr Diensthote!“ erwiderte sie trotzig. „So?“ „Ja!“ Sie mahen sich mit den Augen...

Tagejew hatte sie am Hals gepackt und zu Boden geworfen. „Schweig, Luder!“ Er verlegte ihr einen Fußtritt vor die Brust und in den Leib...

„Wo schleppt ihr mich hin?“ Semipudow lächelte scheinbar gutmütig. „Sie haben wohl gehört... unter Bedeckung nach Warschau.“ Juzia beruhigte sich...

